



*Position***Liberal** 65

Argumente zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Politik der Linken

ARGUMENTE ZUR INHALTLICHEN AUSEINANDERSETZUNG MIT DER POLITIK DER LINKEN

Thomas Volkmann

Impressum:

Herausgeber
Liberales Institut der
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam

Tel.: 03 31.70 19-2 10
Fax: 03 31.70 19-2 16
libinst@freiheit.org
www.freiheit.org

Titelbild: Häberle/laif

Produktion
COMDOK GmbH
Büro Berlin

2. Auflage 2009

Position Liberal

Positionspapier des Liberalen Instituts der
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Inhalt

Vorwort von Dr. Peter Röhlinger, Mitglied des Vorstands der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit	5
I. Einführung	7
I.1. Stimmen, Stimmungen und Personen – „Die Linke“ in der aktuellen politischen Situation	8
I.2. Meinungen und Meinungsmache – Der populistische Ansatz der Linken	10
I.3. Die andere Republik – „Die Linke“ und der politische Systemwandel	11
I.4. Zur Funktion und Aufgabe dieser Zusammenstellung	13
II. Auseinandersetzung mit Positionen der Linkspartei	15
II.1. „Die Linke“ und der demokratische Verfassungsstaat	15
II. 2. „Die Linke“ und die soziale Marktwirtschaft	19
II. 3. „Die Linke“ und die Steuern	25
II. 4. „Die Linke“ und der Sozialstaat	29
II. 5. „Die Linke“ und die Zukunft (Bildung /Wissenschaft/ Forschung)	35
II. 6. „Die Linke“ und die internationale Politik	36
Über den Autor	44

Vorwort

von Dr. habil. Peter Röhlinger, Mitglied des Vorstands der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Oberbürgermeister a.D. der Stadt Jena

Neunzehn Jahre nach dem mit dem Untergang der DDR verbundenen, scheinbar endgültigen Scheitern des real existierenden Sozialismus und der Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas erleben wir zurzeit in Deutschland ein vordergründiges Wiedererstarken einer politischen Richtung, die sich eben jene längst überwunden geglaubten sozialistischen Ideen auf die Fahnen geheftet hat.

Es scheint, als ob angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Situation in den vergangenen Jahren ein Gedankengut wieder hoffähig wird, das – völlig zu Recht – in den Jahren nach 1990 nur noch in den Hinterzimmerdebatten der ehemaligen, nun in der umbenannten PDS versammelten SED-Klientel ein Thema und eine theoretische Option war. In der Folge und vor dem Hintergrund der so genannten Hartz-Reformen bildete sich durch den Zusammenschluss der SED-Nachfolgepartei PDS und der aus Gewerkschaftern und Anhängern linker Splitterparteien entstandenen WASG eine nicht neuartige, aber neue politische Gruppierung auf der linken Seite des politischen Spektrums.

„Die Linke“, wie die Partei sich von 2006 an nennt, schaffte es durchaus geschickt, einerseits die Unzufriedenen, sich benachteiligt Fühlenden zu sammeln und andererseits von der Schwäche der Sozialdemokratie zu profitieren, die der Diskussionen über die vom eigenen Bundeskanzler eingeleiteten Reformen nicht mehr Herr wurde.

Das Entstehen der Partei „Die Linke“ hat zu erbitterten Gegenreaktionen der übrigen Parteien geführt. Zu oft wurde dabei allerdings eher holzschnittartig argumentiert, indem vornehmlich auf das Personal der Linken oder auf die geschichtliche Verantwortung der Partei hingewiesen wurde. Dieser Ansatz reicht aber nicht aus. Natürlich ist unübersehbar, dass Mitglieder- und Wählerstamm der Partei im Osten des Landes zu einem übergroßen Teil aus denjenigen bestehen, die auf ein oder andere Weise schon im und für das System der DDR Verantwortung getragen haben. Aber gerade angesichts der Tatsache, dass die Linkspartei inzwischen auch bei Landtagswahlen in den alten Bundesländern mit aus diesen Bundesländern stammendem Personal ohne DDR-Vita erfolgreich ist, geht der Vorwurf in dieser Beziehung oft ins Leere.

Wir halten es für wichtiger, statt auf die Fehler und politischen Unzu-

länglichkeiten sozialistischer Politik in der Vergangenheit hinzuweisen, darzustellen, in welche Richtung und zu welchen Ergebnissen in der Zukunft es führen würde, wenn sozialistische politische Ansätze in diesem Land wieder zum Tragen kämen. Dazu ist es notwendig, sorgfältig die über den alltäglichen Populismus des Führungspersonals der Linken hinausgehenden, oftmals weitaus präziseren und eindeutigeren Programme, Reden und Interviews zu lesen und zu analysieren. Diesem Zweck dient die hiermit vorgelegte Ausarbeitung – ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

Eins ist deutlich festzustellen: Die Forderungen der Linkspartei widersprechen nach unseren Erfahrungen sehr deutlich allen Ansätzen freiheitlicher, liberaler Politik in Deutschland. Die (mehr oder minder) konkreten politischen Forderungen der Linken bedeuten nichts Anderes als einen Systemwechsel in Deutschland in Richtung einer Spielart von Sozialismus alter, nur zu gut bekannter Prägung. Die Anhänger von Freiheit, Eigenverantwortung und Selbstbestimmtheit wollen ein erneutes Experiment in unserem Land nicht.

Aufgabe dieser Zusammenstellung ist es, dies aufzuzeigen. Denn eins ist sicher: Mit den schon einmal gescheiterten Rezepten von Gestern schaffen wir keine Zukunft mit Freiheit und Wohlstand für alle.

Danksagung

Die Verfasser danken den Stipendiaten der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, insbesondere Herrn Patrick Walz, für inhaltliche Zuarbeit und wertvolle Tipps bei der Erstellung dieses Textes.

Argumente zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Politik der Linken

I. Einführung

Ein Gespenst geht um in Deutschland. Die Zeiten, in denen es als nahezu eisernes Gesetz des bundesdeutschen politischen Systems galt, dass es rechts von der Union und links von der SPD keine über längere Frist erfolgreichen Parteien geben sollte, änderten sich mit dem Einzug der Abgeordneten der frisch in PDS umbenannten SED in den ersten gesamtdeutschen Bundestag im Dezember 1990, mehr aber noch durch die Wahlerfolge der nunmehr unter dem Namen „Die Linke“ mit der Neugründung „WASG“ vereinigten PDS.

Die Auswirkungen des Erstarkens einer deutlich am linken Rand des politischen Spektrums angesiedelten Partei auf das Parteiensystem sind unübersehbar. Aus dem fast schon zur Gewohnheit gewordenen Dreiparteiensystem der Hochzeit der Bonner Republik und der späteren Erweiterung des Spektrums durch die Grünen¹ ist mit dem Einzug der Linkspartei in den Deutschen Bundestag und in mehrere westdeutsche Parlamente, bei ohnehin starker parlamentarischer Präsenz der PDS in den ostdeutschen Ländern, ein wesentlich komplizierter zu handhabendes Fünfparteiensystem geworden, in dem es gilt, sich bei politischen Absprachen mit einem fast undurchschaubaren Netz von korrelierenden Interessen und Strategien zu befassen.

Der Schreck vor dem Gespenst ist vor allem der SPD in die Glieder gefahren. So sieht sich die Partei, die sich bis zum Ende der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts quasi als Alleinvertretung linker Ansichten und Interessen betrachtete, zum zweiten Mal von einer erfolgreichen Neugründung in ihrem politischen Spektrum betroffen. Nachdem die Wunden inzwischen verheilt sind, die der Sozialdemokratie bei der Gründung der Grünen als linke Protestpartei und deren erstmaligem Einzug in den deutschen Bundestag vor exakt 25 Jahren geschlagen wurden, wird die SPD pikanterweise seit dem Ende der zum politischen Projekt hochstilisierten rot-grünen Bundesregierung im Jahre 2005 von der Linkspartei in Frage gestellt und zunehmend verunsichert. Und offensichtlich fällt den Sozialdemokraten aus mancherlei Gründen der Umgang mit der Linkspartei, die ja schließlich „Fleisch vom eigenen Fleisch der SPD“² ist,

1 „Das Problem ist, dass es in der Gesellschaft der alten Bundesrepublik Deutschland nach 1949 niemals ein nennenswertes Bedürfnis nach einer Kraft links von der Sozialdemokratie gab. Aber jetzt ist es entstanden.“ (Gregor Gysi, Rede auf dem 1. Parteitag der Partei Die Linke am 24./25.05.2008 in Cottbus, Quelle: http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/1_parteitag/reden/gregor_gysi/) (Stand: 17.10.2008).

2 Peter Struck, Interview *Wirtschaftswoche* vom 21.07.2007.

schwer. Eher hilflos wirkt da die Strategie, die SPD müsse halt „darauf achten, dass die SPD die linke Kraft in Deutschland bleibt“.³

Schwerer wiegend als die Auswirkungen auf das Parteiensystem in Deutschland und die Befindlichkeiten der Sozialdemokratie sind die Auswirkungen der massiven Medienpräsenz und der breiten Beachtung der Linken auf die politischen Inhalte der Arbeit der Regierungskoalition aus Union und SPD. Hier ist – fast im Sinne eines Hase-und-Igel-Szenarios – in vielen Fällen ein deutliches Einschwenken auf den populistischen Kurs der Gysi-Lafontaine-Partei zu beobachten.

Das gegenwärtig zu beobachtende Erstarren der Linkspartei ist eine Herausforderung für freiheitliche Politik. Die Auffassungen, die in den Stellungnahmen der Vertreter der Linkspartei zu den unterschiedlichsten Politikbereichen geäußert werden, widersprechen besonders den Überzeugungen freiheitlich und liberal denkender Menschen eklatant. Wenn die Vertreter anderer politischer Richtungen Schwierigkeiten haben, sich inhaltlich oder strategisch von der Linkspartei klar abzusetzen, so ist es vordringliche Aufgabe für diejenigen, die für Freiheit, Rechtsstaat und Marktwirtschaft stehen, die Inhalte und die Konsequenzen linker Forderungen und Ansätze klar aufzuzeigen.

1. Stimmen, Stimmungen und Personen – „Die Linke“ in der aktuellen politischen Situation

Die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen und die Daten der Meinungsforschungsinstitute weisen es aus: Die Linkspartei findet knapp ein Jahr nach ihrer Gründung, also des Zusammenschlusses von PDS und WASG, derzeit großen Zuspruch. Die Partei zog zum ersten Mal nach der deutschen Vereinigung in westdeutsche Landtage ein, und in vielen Umfragen belegt die Partei bei der „Sonntagsfrage“ den dritten Platz.

Je größer der momentane Erfolg der Linkspartei wird, umso deutlicher wird aber auch die Ablehnung durch die anderen Parteien. „Die Linke“, so betonte der ehemalige SPD-Vorsitzende Beck immer wieder, sei für die SPD auf Bundesebene kein Partner, denn sie wolle Deutschland aus internationalen Vereinbarungen lösen und betreibe eine Sozialpolitik zulasten der Arbeitnehmer, und das sei mit der SPD nicht zu machen⁴. Der Linkspartei-Chef Lafontaine sei, so ließ sich CDU-Generalsekretär Pofalla zitieren⁵, „keinen Deut besser als

3 Peter Struck, ebda.

4 Vgl. z.B. Kurt Beck in der *Neuen Westfälischen*, 08.07.2008.

5 Roland Pofalla in einem Brief an Wolfgang Thierse, zitiert in der *Welt am Sonntag*, 24.06.2008.

die rechten Hetzer“ und Koalitionen mit der Linkspartei seien „ein gefährliches Spiel mit dem Feuer“.

„Ein Demagoge“ sei Lafontaine, sagt auch die SPD-Kandidatin für das Bundespräsidentenamt, Gesine Schwan⁶. „So eine Art linker Haider“ ist Lafontaine für den ehemaligen Berliner CDU-Fraktionschef Pflüger, „ein großer Demagoge“ und „Die Linke“ „eine schlimme demagogische Partei, die alles verspricht und nichts hält“⁷. Deutschland, so der FDP-Partei- und Fraktionsvorsitzende Westerwelle⁸, müsse sich nun entscheiden, ob es mehr Sozialismus wolle oder mehr Freiheit.

Aber vordergründige oder grundsätzliche Angriffe haben der Linkspartei im öffentlichen Ansehen bislang nicht geschadet. „Die Linke“ lebt anscheinend eher vom Nimbus und vom Image, als von der Unterstützung der Menschen für bestimmte politische Forderungen und Ziele. In den Umfragen erreicht bei der Frage nach den präferierten Koalitionsmodellen eine Zusammenarbeit von SPD, Linkspartei und Grünen regelmäßig den geringsten Zuspruch. Die regelmäßig abgefragte Benotung der politischen Arbeit der Linken liegt mit großem Abstand zu den anderen Parteien im deutlich negativen Bereich – aber den Umfragewerten für die Linkspartei tut das bislang keinen Abbruch.

Anders sieht es aus, wenn die Politik der Linkspartei einem Praxistest unterzogen wird. In Berlin, wo die Partei gemeinsam mit der SPD regiert und dementsprechend nicht nur fordern und ankündigen kann, sondern handeln und auch unpopuläre Entscheidungen treffen muss, ging der Stimmenanteil gegenüber der vorherigen Abgeordnetenhauswahl von 2001 im Jahre 2006 um 9,2 Prozent zurück. Im Berliner Osten, eigentlich eine Hochburg, gingen sogar 19,5 Prozent der Wählerstimmen verloren, in absoluten Zahlen halbierte sich die Wählerschaft, und „Die Linke“ ist seitdem auch im Osten der Stadt nicht mehr stärkste Partei. Dabei sind nach einer Analyse von Infratest Dimap die ehemaligen Wähler 2006 vor allem zur SPD, zur in Berlin als Konkurrentin der PDS auftretenden WASG und zu den Grünen gewechselt.

Dies zeigt: Eine Entzauberung der Linkspartei kann nur im Abgleich zwischen ihren Forderungen und der Wirklichkeit stattfinden. Dem Populismus auf der einen Seite kann nicht durch Populismus auf der anderen Seite begegnet werden. Wenn aber den Menschen offensichtlich wird, dass die Maßnahmen,

6 Gesine Schwan am 02.06.2008 in *Spiegel Online*.

7 Friedbert Pflüger laut Berliner *Tagesspiegel* vom 01.02.2008 in der N24-Sendung „Studio Friedman“.

8 Guido Westerwelle, Rede auf dem FDP-Bundesparteitag 2007 in Stuttgart. Quelle: <http://www.guido-westerwelle.de/files/328/westerwelle-rede2007-06-16.pdf> (Stand: 17.10.2008).

die die Linkspartei vorschlägt, an der Realität scheitern, verliert die Partei ihren Nimbus als Heilsbringer und damit auch ihre Attraktivität.

2. Meinungen und Meinungsmache – der populistische Ansatz der Linken

Beim Bundesparteitag der Linkspartei 2008 in Cottbus stellten hessische Genossen den Antrag, „Die Linke“ dürfe nirgendwo mit Parteien koalieren, die eine „bürgerliche Politik“ verfolgten. Es wurde eng: Eine knappe Mehrheit von 60 Prozent setzte durch, dass der Antrag auf dem Parteitag nicht behandelt wurde⁹.

Dabei entsprach das Ansinnen der Hessen durchaus der Wirklichkeit, wie das Berliner Beispiel zeigt: „Die Linke“ lebt davon, sich als Stimme der Entrechteten und als grundsätzliche Opposition zu stilisieren, frei von Sachzwängen und Absprachenotwendigkeiten, losgelöst von Handlungserfordernissen und Langzeitbindungen, unbeeinflusst von Kompromissuche und Verantwortungsübernahme.

Stattdessen ergehen sich die Politiker der Linkspartei im Aufstellen tagessaktueller Forderungen, scheinbar ausgerichtet am Interesse der einzelnen Menschen und scheinbar gerichtet auf die prompte Lösung aktueller Probleme, ohne aber gleichzeitig sich mit der Schwierigkeit belasten zu müssen, die Alltagstauglichkeit, die Geeignetheit und die Verantwortbarkeit der Vorschläge in der Praxis nachweisen zu müssen: „Die PDS [steht] in prinzipieller Opposition zu den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland [...]. Die Frage, ob eine Parlamentsfraktion der PDS sich innerhalb des Parlaments in eine Oppositionsrolle, in eine Situation der Tolerierung [...] oder in eine Koalitionsrolle begibt, berührt nicht das prinzipielle Oppositionsverständnis der PDS [...] Selbst dann also, wenn die PDS sich auf irgendeiner Ebene in eine Regierungskoalition begeben sollte, [...] würde dies [...] ihren Oppositionscharakter in Bezug auf die herrschenden Verhältnisse nicht beeinträchtigen.“¹⁰. Auch die inzwischen vier Umbenennungen der SED - SED/PDS - PDS.Linkspartei – „Die Linke“ haben an dieser grundsätzlichen Ausrichtung nichts geändert, zumindest ist dies auf keiner der Tagungen oder Parteikongresse oder in öffentlichen Stellungnahmen verlautbart worden.

9 Bericht bei *Welt Online* vom 24.05.2008.

10 Fünf-Punkte-Papier „Sozialismus ist Weg, Methode, Wertorientierung und Ziel.“ Verabschiedet auf der 1. Tagung des 4. Parteitages der PDS im Januar 1995, in: DISPUT, 3-4 1995, S.26.

Die Sozialdemokraten wehren sich gegen die Wilderei in ihrem Revier. Der Populismus, auch auf der Linken, so schreibt Thomas Meyer, Herausgeber der „Neuen Gesellschaft – Frankfurter Hefte“, ist „stets mehr Form als Inhalt: Maßloser Protest, Schaffung von Sündenböcken, statt Kontroversen moralische Rechthabereien gegen den Rest ... Indem er die Erwartungen seiner Anhänger in immer luftigere Höhen schraubt, entpolitisiert er sie. An die Stelle der Leidenschaft beim Bohren dicker Bretter gerät die Empörung zur wohlfeilen Dauergeste.“¹¹

Den guten Umfrageergebnissen der Linken tut dies derzeit keinen Abbruch. Und auch der verzweifelte Versuch der hessischen CDU aus dem Januar 2008, mit einer ausführlichen Dokumentation unter dem reißerischen Titel „Das wahre Gesicht der Linkspartei“¹² von der Stimmabgabe zugunsten der Linken abzuhalten, war ausweislich des Wahlergebnisses wenig erfolgreich.

3. Die andere Republik – „Die Linke“ und der politische Systemwandel

„Die PDS“, so Helmut Holter¹³, damaliger Arbeits- und Sozialminister und stellvertretender Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, „ist eine sozialistische Partei und steht in gesellschaftlicher Opposition, das ist unser Verständnis zum kapitalistischen System.“

Diese grundsätzliche Haltung hat sich über die Jahre von der SED/PDS bis zur Partei „Die Linke“ nicht geändert:

„Die Mehrheit der Programmkommission [der PDS hat] nie bestritten, dass vom Kapitalismus ursprünglich die Gefährdung der menschlichen Zivilisation ausgeht und die in den Eigentumsverhältnissen wurzelnden kapitalistisch geprägten Machtstrukturen überwunden werden müssen.“¹⁴

Und so klang das vom gleichen Politiker sieben Jahre später: „Wir wollen eine andere Gesellschaftsordnung, einen demokratischen Sozialismus (...) Die Linke verändert die Republik.“¹⁵

Es muss ja nicht immer so vorhersehbar-radikal sein wie bei der Kommunistischen Plattform, die im Jahre 1994 klarstellte: „Der politische Übergang zur klassenlosen Gesellschaft (...) kann vielfältige Formen annehmen. Er muss

11 Thomas Meyer, Zwischenruf: Warnsignal oder Demokratiegefahr?, in: Neue Gesellschaft – Frankfurter Hefte, Heft 05/2007, S.40.

12 „Das wahre Gesicht der Linkspartei – Eine Dokumentation der CDU Hessen“, herausgegeben von Michael Boddenberg MdL, Generalsekretär der CDU Hessen, Januar 2008).

13 ZDF-Morgenmagazin vom 03.11.1998.

14 Dietmar Bartsch, Bundesgeschäftsführer der PDS, in: *Junge Welt* vom 30.03.2000.

15 Dietmar Bartsch, in: *Berliner Zeitung* vom 16.07.2007.

sich nicht unbedingt gewaltsam vollziehen.“¹⁶ Es geht auch mit den höheren Weihen eines als Vordenker der Linken bekannten Politikers, der sagt: „Die PDS muss durchaus einen umstürzlerischen (subversiven) Charakter entwickeln und ihre Bravheit überwinden (...), und das in unverschämter Offenheit und Öffentlichkeit.“¹⁷

Der Parteivorsitzende Bisky sagt es auch für die umbenannte Partei ganz deutlich: „Wir diskutieren auch und immer noch die Veränderung der Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse (...) Wir stellen die Systemfrage! (...) Die, die aus der PDS kommen, aus der Ex-SED und auch die neue Partei die Linke – wir stellen die Systemfrage.“¹⁸ Die „Kommunistische Plattform“ legt noch nach: „Wir treten für einen Systemwechsel ein. Der Kapitalismus entblößt sein asoziales, weil ausbeuterisches, aggressives und kulturfeindliches Wesen täglich mehr. Letztlich muss er überwunden werden.“¹⁹ Da mag auch das Marxistische Forum nicht zurückstehen: „Aber ein wirklich antikapitalistischer Neuanfang ist ohne eine marxistische Partei zeitgemäßen Leninschen Zuschnitts nicht möglich. Es gilt heute mehr denn je, dass die marxistische Linke eine revolutionäre Partei benötigt, die den Kampf um Gesellschaftsveränderung – letztlich um eine sozialistische Neuorganisation der Gesellschaft – begreift und führt.“²⁰ Beide Gruppen sind innerhalb der Linkspartei organisiert. Beide Gruppen werden vom Verfassungsschutz des Bundes im Bericht 2007 als „offen extremistisch“ geführt.

Aber die Verantwortlichen der Linkspartei wiegeln ab: „Nach dem Prinzip des Rechtsstaates hat sich auch ein Verfassungsschutz nach Recht und Gesetz zu orientieren, und das wird im Verhältnis zu dem, was linkes Gedankengut in unserer Gesellschaft angeht, per se nicht eingehalten. Man hat einen Generalverdacht gegen jede linke Idee und man behauptet einfach, wer an diesem Gesellschaftssystem des Turbo-Kapitalismus meint, Änderungen vornehmen zu müssen, dass das schon extremistisch sei...“²¹ Aber nicht nur das: „Und auch, dass die ‚Kommunistische Plattform‘ unser Gesellschaftssystem überwinden

16 Programmatische Erklärung der Kommunistischen Plattform in der PDS, Februar 1994 (zitiert nach „Das wahre Gesicht der Linkspartei – Eine Dokumentation der CDU Hessen“, s. o. Anm. 12).

17 André Brie: „Wie subversiv soll denn die PDS sein?“ in: *Neues Deutschland* vom 11.01.1997.

18 Lothar Bisky in „Disput“ von Juni 2007, S.27, zitiert nach dem Verfassungsschutzbericht 2007, S. 135.

19 „Mitteilungen der KPF“, Heft 8/2007 von August 2007, S.2, 4, zitiert nach dem Verfassungsschutzbericht 2007, S.137.

20 „Marxistisches Forum“, Heft 53 vom Januar 2007, S.5, zitiert nach dem Verfassungsschutzbericht 2007, S. 138.

21 Bodo Ramelow, stv. Vorsitzender der Linksfraktion im Bundestag, im Deutschlandradio Kultur am 15.05.2008.

will, das habe ich bisher noch nicht lesen können. Das behauptet immer das Bundesamt.“²² Alles ganz in Ordnung, findet Bodo Ramelow, stellvertretender Vorsitzender der Linksfraktion im Bundestag, und zieht dann einen etwas gewagten Vergleich: „Ich finde es legitim, dass sich auch innerhalb unserer Partei eine Gruppierung direkt auf Marx bezieht, so wie ich mich eben auch auf die Bibel beziehe und wir eben auch eine „AG Christinnen und Christen“ innerhalb unserer Partei haben.“²³

Von der Bibel ist bei den Sozialisten allerdings eher wenig die Rede. Dafür findet sich aber die Vision vom „Ziel des demokratischen Sozialismus, der den Kapitalismus in einem transformatorischen Prozess überwinden will [...]“²⁴ Und heute heißt es: „Die neue Linke eint die Auffassung, dass die bestehenden kapitalistischen Verhältnisse nicht das letzte Wort der Geschichte sind, dass demokratischer Sozialismus möglich und nötig ist [...]“²⁵ Die stellvertretende Parteivorsitzende Katja Kipping sagt zu den unterschiedlichen Flügeln in der Linkspartei: „Dass wir das bestehende System ändern wollen, da sind wir uns auch noch einig. Die Frage ist, mit welchen Projekten geht das.“²⁶

So viel muss klar sein: „Die Linke“ will eine andere Republik. Oder in den Worten des Parteivorsitzenden Lafontaine: „Unsere Partei ist das einzige erfolgreiche kommunistische Projekt in Europa!“²⁷

4. Zur Funktion und Aufgabe dieser Zusammenstellung

Wie bereits dargestellt, hat sich gezeigt, dass prinzipielle Darstellungen, wie sie auf den vorangegangenen Seiten bezüglich des allgemeinen politischen Ansatzes der Linkspartei aufgezeigt wurden, das Image der Nachfolger der SED als Protestpartei und Alternative zu den Parteien der „alten“ Bundesrepublik nicht oder nur unwesentlich beeinträchtigen bzw. korrigieren können. So wenig, wie heute über den zukünftigen Status oder die Erfolge der Linkspartei im Parteiensystem vorausgesagt werden kann, so wichtig ist es aber, schon frühzeitig darauf hinzuweisen, dass und wie die Partei den „Outlaw-Nimbus“ nutzt, um mit konkreten Forderungen eine grundlegende Veränderung

22 Bodo Ramelow, ebda.

23 Bodo Ramelow, ebda.

24 „Programmatische Eckpunkte“ vom Gründungsparteitag der Partei Die Linke, Mai 2007, Quelle: http://die-linke.de/partei/dokumente/programm_der_partei_die_linke_programmatische_eckpunkte/ (Stand: 17.10.2008)

25 „Eine starke Linke für eine andere, bessere Politik.“ Beschluss des 1. Parteitags der Partei Die Linke am 24./25.Mai 2008 in Cottbus, Quelle: http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/1_parteitag/beschluesse/eine_starke_linke_fuer_eine_andere_bessere_politik/ (Stand: 17.10.2008).

26 Katja Kipping in: *Frankfurter Rundschau* vom 23.05.2008.

27 Zitiert in *Neue Zürcher Zeitung* vom 10.07.2008, S.6.

des politischen Systems herbeizuführen, die nicht im Sinne der Menschen in Deutschland sein kann.

Davon zu unterscheiden ist die Frage, ob die Linkspartei verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, ob sie vom Verfassungsschutz beobachtet werden soll oder ob gar der Rechtsstaat sich mit seinen grundgesetzlichen Mitteln gegen „Die Linke“ wehren soll oder muss. Hierzu gibt es unterschiedliche Auffassungen, die im nachfolgenden Kapitel kurz behandelt werden sollen. Es muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass die Erfolgsaussichten einer politischen Strategie, die eine Ablehnung der Linkspartei mit der DDR-Vergangenheit ihrer Vorgängerorganisationen oder ihrer handelnden Personen begründet oder Betrachtungen heutiger Linkspartei-Politik mit früherer DDR-Politik verknüpft, nicht übermäßig groß sind. Die PDS hat bei den verschiedenen Häutungen auf ihrem Weg von SED, SED/PDS und PDS zur heutigen Partei „Die Linke“ durchaus geschickte Formulierungen gefunden, um eine Abkehr von einigen elementaren Bestandteilen der früheren DDR-Ideologie zumindest öffentlichkeitswirksam zu bekunden. Eine wissenschaftliche Untersuchung dieser Prozesse mag Erfolg versprechend und interessant sein, allerdings wohl nicht zur Verklärung der Sachverhalte gegenüber den Bürgern im Lande ausreichen, die sich eher vordergründig an den politischen Aussagen und Versprechen der Linkspartei orientieren. Dies zeigt sich zum Beispiel in einer Aussage von Renate Köcher, der Chefin des Instituts Allensbach, die kürzlich erklärt hat, die Linkspartei mache den Leuten im Lande keine Angst mehr: „In der breiten Bevölkerung fallen die Reaktionen auf die Erfolge der Linkspartei bei den Landtagswahlen keineswegs so einmütig erschrocken aus wie die öffentlichen Reaktionen von Politik und Medien.“²⁸

In dieser Zusammenstellung soll es aber mehr darauf ankommen, die Linkspartei an ihren politischen Zielen, an einzelnen Forderungen und deren im Verwirklichungsfall zu erwartenden Auswirkungen zu messen und den Menschen die Konsequenzen für ein möglicherweise unbedachtes oder vorschnelles Wahlverhalten zugunsten dieser Partei schon heute aufzuzeigen. Aufgrund der der sozialistischen Programmatik zugrunde liegenden Geisteshaltung und der zur Durchsetzung der Ziele in der politischen Philosophie des Sozialismus/Kommunismus dargestellten und benutzten Strategien ist es selbstverständlich, dass der liberal und freiheitlich denkenden und handelnden politischen Philosophie in Deutschland bei dieser Auseinandersetzung eine besondere Rolle zukommt, weil freiheitliche Politik den deutlichsten Gegensatz zu einer sozialistischen Politik darstellt. Diese Aufgabe wollen wir mit dieser Zusammenstellung wahrnehmen.

²⁸ Renate Köcher, „Die Sogwirkung der Linkspartei“, in: FAZ vom 20.02.2008.

II. Auseinandersetzung mit den inhaltlichen Positionen der Linkspartei

1. „Die Linke“ und der demokratische Verfassungsstaat

„Das Beste, was dieses Land aufzuweisen hat“, so stellt es Dr. Wolfgang Gerhardt, Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, in seiner Schrift „Freiheit – Mut – Menschenwürde“ zutreffend dar, „ist seine freiheitliche Verfassung. Ihre Stärke kommt aus dem Geist der Tradition aus dem europäischen Liberalismus.“²⁹

Für freiheitlich denkende Menschen hat das Grundgesetz und der sich in ihm Regeln gebende und den Bürgern Freiheiten lassende demokratische Verfassungsstaat besondere Bedeutung. Liberalismus tritt ein für den Vorrang der Freiheit in Recht und Staat, in Wirtschaft und Gesellschaft. Die Ordnung der Gesellschaft entsteht als liberale Bürgergesellschaft aus dem Vorrang der Freiheit, so wie auch die Verfassung des Staates als demokratischer Bürgerstaat aus dem Vorrang der Freiheit entsteht.³⁰ Gerade diese Betonung des Grundsatzes „Im Zweifel für die Freiheit!“ unterscheidet die liberale, freiheitliche Staatsauffassung von der anderer politischer Philosophien, und dabei insbesondere von der dem Sozialismus zugrunde liegenden. Aber auch die starke Betonung der Bedeutung von Eigentum und Marktwirtschaft für den Wohlstand der Menschen und das rechtsstaatliche System kennzeichnet den politischen Liberalismus und unterscheidet ihn von linker und sozialistischer oder kommunistischer Politik.

Oft, so schreibt Eckhard Jesse, werde „Die Linke“ kritisiert, weil sie nicht „politikfähig“ sei, jedoch wenig die Frage erörtert, wie sie zum demokratischen Verfassungsstaat stehe.³¹ Dabei wird allerdings oft die rechtliche Frage einer Verfassungswidrigkeit der Partei in den Vordergrund gestellt und die politische Frage nach den möglichen Auswirkungen linker Politik auf das demokratische Staatswesen vernachlässigt.

„Die Linke“ wird vom Verfassungsschutz des Bundes und von den Verfassungsschutzbehörden in sechs westdeutschen Ländern beobachtet. Nachdem aber im Saarland als erstem westlichem Bundesland die Beobachtung der Lin-

²⁹ Wolfgang Gerhardt, „Freiheit, Mut, Menschenwürde“, Veröffentlichung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Berlin 2008, S.62.

³⁰ Werner Maihofer in: „Von der Gefälligkeitspolitik zur Verantwortungsgesellschaft – Wiesbadener Grundsätze für die liberale Bürgergesellschaft“, Düsseldorf 1997, S.26 f.

³¹ Eckhard Jesse, Die Linke, in: Dossier Linksextremismus, online-Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung vom 12.03.2008, Quelle: http://www.bpb.de/themen/YF29J6,0,Die_Linke.html, S.1 (Stand: 17.10.2008).

ken durch den Verfassungsschutz eingestellt wurde, sind wiederholt Bedenken gegen eine flächendeckende Beobachtung der Partei geäußert worden. Vor dem Hintergrund des Zusammenschlusses der ehemaligen SED/PDS mit der WASG zur Partei „Die Linke“ nehmen die Bedenken ab.

Die Frage, ob es sich bei der Linken um eine verfassungswidrige Partei handelt, kann nicht im Zentrum der Betrachtungen stehen, wenn es um eine politische Bewertung geht. Aber eins ist klar: Die Diskussion darüber, und besonders die zunehmende Tendenz, dass immer mehr an der Diskussion Teilnehmende sich ablehnend zu einer Beobachtung der Partei aufgrund des Verdachts der Verfassungswidrigkeit äußern, nützt der Linken. Der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dieter Wiefelspütz, sagt: „Eine generelle Beobachtung der Linkspartei durch den Verfassungsschutz ist nicht angebracht und auch gesetzlich nicht mehr gedeckt. Ich halte sie deshalb für rechtswidrig.“³² Unions-Fraktionsvize Wolfgang Bosbach sekundiert: „Ich frage mich, ob die Erkenntnisse, die man bisher über die Linkspartei hat, eine flächendeckende Beobachtung notwendig machen.“³³ Oskar Lafontaine und Gregor Gysi wird es freuen, schrieb der *Tagesspiegel*³⁴ – und in der Tat nutzen die Vertreter der Linkspartei die Chance geschickt, um die Fragestellung zu verwischen und den Bürgern den Eindruck zu vermitteln, dass Bedenken gegen die Linkspartei nicht nur nicht angebracht, sondern sogar nahezu ungesetzlich seien.

Vor diesem Hintergrund kommt der Politikwissenschaftler Richard Stöss in seiner Betrachtung der Beobachtung der Partei durch den Verfassungsschutz zu der Schlussfolgerung, „bei der PDS bzw. Linkspartei handelt es sich um eine postkommunistische Partei, die sich Schritt für Schritt in das Parteiensystem der Bundesrepublik integriert hat, auf allen Ebenen der demokratischen Willensbildung konstruktiv und verlässlich mitarbeitet und gegebenenfalls auch Regierungsverantwortung übernimmt. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur politischen Einheit des wiedervereinigten Deutschland.“³⁵

Eine solche Schlussfolgerung aus der vorhergehenden Bewertung, die Linkspartei sei zumindest nicht verfassungswidrig, scheint gewagt. Es geht in der notwendigen politischen Auseinandersetzung nicht primär um die Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Linkspartei, sondern um die Frage des Verhältnisses und der Einstellungen der Linken zum demokratischen Verfassungsstaat – und die kann man auch ablehnen, wenn sie sich noch knapp oder ansatzweise

32 Dieter Wiefelspütz, im *Tagesspiegel* vom 26.01.2008.

33 Wolfgang Bosbach, im *Tagesspiegel* vom 26.01.2008.

34 Zweifel an Beobachtung der Linkspartei, *Tagesspiegel* vom 26.01.2008.

35 Richard Stöss, Die Linke, in: Dossier Linksextremismus, online-Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung vom 12.03.2008, Quelle: http://www.bpb.de/themen/QIBIMY,0,Die_Linke.html (Stand: 17.10.2008).

am Rande, oder sogar innerhalb des Verfassungsrahmens bewegen. Mit der wiederholten Berufung auf fehlende Beweise für eine Verfassungswidrigkeit der Linken, die zudem auch noch geschickt gesteuert werden kann, wird der Blick auf die Politik der Linkspartei geschickt verstellt. Die Tatsache, dass es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nur zwei erfolgreiche Parteiverbotsverfahren aufgrund festgestellter Verfassungswidrigkeit gibt, zeigt die Problematik deutlich auf.

Die Schwierigkeiten bei einer Darstellung der Positionierung der Linkspartei zum demokratischen Verfassungsstaat beruhen darauf, dass es wenige klare Äußerungen gibt, aus denen sich eine grundsätzliche Haltung schlussfolgern lässt. So sieht der Politikwissenschaftler Uwe Backes die Linke „von Anfang an in einer Übergangszone zwischen aggressiv-extremistischer Systemverneinung und zumindest semiloyaler Systemakzeptanz“³⁶. Eckhard Jesse benutzt eine Hilfskonstruktion, um eine Bewertung vornehmen zu können: „Im Vergleich zur NPD, die einen harten Rechtsextremismus verfißt, ist „Die Linke“ eine Partei, die dem demokratischen Verfassungsstaat näher steht. In ihr befinden sich allerdings Kräfte, für die die parlamentarische Demokratie keinen geeigneten Rahmen zur Überwindung des Kapitalismus bildet. Insofern verkörpert die Partei insgesamt einen weichen Linksextremismus.“³⁷

Wie bisher bei der „Linke.PDS“ wirken offen extremistische Kräfte auch in der Partei „Die Linke“ fort³⁸. Auch die verschiedenen Häutungen, mit denen die Linkspartei alten Ballast loswerden wollte, haben daran nichts geändert – und anscheinend auch nichts ändern sollen. So nennt die Partei in den „Programmatischen Eckpunkten“ anlässlich des Zusammenschlusses von Linke.PDS und WASG im Jahre 2007 das „Ziel des demokratischen Sozialismus, der den Kapitalismus in einem transformatorischen Prozess überwinden will“ und betont die Weitergeltung des „Chemnitzer Programms“ der PDS von 2003. In diesem findet sich die Formulierung: „In der PDS wirken unterschiedliche, linke demokratische Kräfte zusammen. In ihr haben sowohl Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen und die die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren

36 Uwe Backes, Linksextremismus im vereinten Deutschland, in: Dossier Linksextremismus, Online-Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung vom 12.03.2008, Quelle: http://www.bpb.de/themen/TLNMS6,0,0,Linksextremismus_im_vereinten_Deutschland.html (Stand: 17.10.2008).

37 Eckhard Jesse, Die Linke, in: Dossier Linksextremismus, Online-Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung vom 12.03.2008, Quelle: http://www.bpb.de/themen/YF29J6,0,Die_Linke.html, (Stand: 17.10.2008).

38 so dargestellt im Verfassungsschutzbericht 2007, S.118.

Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden.“³⁹

Es ist keine unangebrachte Schlussfolgerung, der Partei „Die Linke“ dann aber auch die Äußerungen zuzurechnen, die diese betont vielschichtige Mitgliedschaft im Einzelnen und in den diversen innerparteilichen Zusammenschlüssen tätigt. Sie bietet ihnen schließlich die Plattform dafür, mit Parteilogo, Briefkopf und Internet-Auftritt.

Auf die Vielzahl an Äußerungen, die auf eine Überwindung des „Systems“, auf einen „Systemwechsel“ drängen, wurde weiter oben hingewiesen. Die Vermutung, dass mit dem Begriff „System“ die freiheitliche demokratische Grundordnung gemeint sein könnte, liegt zumindest nahe. Zwar hält sich der Fraktionsvorsitzende Gysi mühevoll im Rahmen, wenn er – allerdings grammatisch fragwürdig – äußert: „... der demokratische Sozialismus, der ist grundgesetzgemäßer als jede Form von Kapitalismus“⁴⁰. Sein Bundestagskollege Diether Dehm ist da schon offener, wenn er, gemeinsam mit Kollegen in einem Papier mit dem Titel „Eine Revolution für das Grundgesetz“, äußert: „Vermutlich braucht die Durchsetzung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, des Sozialstaats und der Sozialismus-Option unseres bestehenden Grundgesetzes eine ähnliche Mobilitätsanstrengung wie die Durchsetzung einer veränderten Verfassung in Venezuela und Bolivien.“⁴¹ Christa Luft sagt, ganz im alten Stil, in einer Rede zur Verwirklichung des Sozialismus: „Das kann man im Rahmen der jetzigen Verhältnisse wahrscheinlich nicht realisieren, und deswegen wollen wir unsere Überzeugung einbringen und sagen, es lohnt sich auch für etwas Anderes einzustehen“⁴². Was geschehen soll, deutet die „Kommunistische Plattform“ an: „Wir halten Kapitalismus letztlich für nicht reformierbar.“⁴³ Denn – so die Kommunistische Plattform, von der Parteispitze unwidersprochen: „Der Sozialismus ist ja auch nicht obsolet, weil sich die ersten historischen Schritte

39 Programm der PDS, verabschiedet auf dem 8. Parteitag am 26.10.2003, Quelle: <http://archiv2007.sozialisten.de/partei/dokumente/programm/index.htm> (Stand: 17.10.2008).

40 Gregor Gysi, Eröffnungsrede beim Gründungsparteitag der Partei „Die Linke“ am 24.05.2008 in Cottbus, Quelle: http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/gruendungsparteitag/reden/gregor_gysi/ (Stand: 17.10.2008).

41 Diether Dehm, Wolfgang Gehrke, Paul Schäfer: Eine Revolution für das Grundgesetz, in: Neues Deutschland vom 08.12.2007.

42 Christa Luft, Reportage „Wie gefährlich ist die Linkspartei?“ bei Report München, ARD vom 23.06.2008.

43 Beschluss der 3. Tagung der 13. Bundeskonferenz der Kommunistischen Plattform „Wir bleiben, was wir waren und sind: In der Partei Die Linke organisierte Kommunistinnen und Kommunisten“ vom 10. November 2007, Quelle: http://die-linke.de/partei/zusammenschlusse/kommunistische_plattform_der_partei_die_linke/dokumente/wir_bleiben_was_wir_waren_und_sind_in_der_partei_die_linke_organisierte_kommunistinnen_und_kommunisten/ (Stand: 17.10.2008).

auf dem Weg in eine ausbeutungsfreie Gesellschaft als unendlich schwieriger erwiesen haben, als es sich die Väter der sozialistischen Idee vorgestellt haben“⁴⁴. Und welche Art von Verfassung der Linkspartei dabei anscheinend vorschwebt, zeigt sich anhand eines – von der Parteispitze unwidersprochen gebliebenen – Zitats der Kommunistischen Plattform: „Vor vierzig Jahren wurde die sozialistische Verfassung der DDR, die demokratischste Verfassung, die es jemals in Deutschland gab, durch Volksentscheid angenommen“⁴⁵.

2. „Die Linke“ und die soziale Marktwirtschaft

Für liberal und freiheitlich denkende Menschen hat die Marktwirtschaft eine überragende Bedeutung. Liberale sind Anhänger der Marktwirtschaft *und* eines Staates, der sich auf seine Kernaufgaben beschränkt und diese konsequent erfüllt. Die Wettbewerbsordnung der Sozialen Marktwirtschaft beruht auf wenigen grundlegenden Prinzipien: Sie muss freiheitlich und individualistisch ausgerichtet sein, Bedingungen für wettbewerbliche Preise schaffen, das Privateigentum, Vertrags- und Gewerbefreiheit garantieren sowie die Geldwertstabilität gewährleisten. Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen müssen auf Dauer angelegt und damit verlässlich sein. Der Befolgung dieser Prinzipien hat die Bundesrepublik ihren wirtschaftlichen Aufschwung nach dem Zweiten Weltkrieg zu verdanken, die zunehmende Abkehr von ihnen ist eine der Ursachen für die aktuelle Wachstumsschwäche. Individuelle Freiheit und Privateigentum sind die Grundlagen einer funktionierenden Marktwirtschaft, aber auch einer freien und dynamischen Gesellschaft. Ihr Schutz ist die vorrangige Aufgabe des Staates.

In dieser Frage besteht der größte Gegensatz freiheitlicher Politik zu den politischen Auffassungen der Linkspartei, die sich in Fragen der Wirtschafts- und Wettbewerbspolitik grundsätzlichen Dingen widmet und ein Gesellschaftsmodell vertritt, das dem der Liberalen in keinsten Weise entspricht. Am deutlichsten wird dies in den Formulierungen des Beschlusses vom 1. Parteitag der Linkspartei, wo es heißt: „Die neue Linke eint die Auffassung, dass die bestehenden kapitalistischen Verhältnisse nicht das letzte Wort der

44 Staatsräson und Regierungsbeteiligung, Dokument der Kommunistischen Plattform vom 20.05.2008, Quelle: http://die-linke.de/partei/zusammenschlusse/kommunistische_plattform_der_partei_die_linke/dokumente/staatsraeson_und_regierungsbeteiligung/ (Stand: 17.10.2008).

45 Mitteilungen der Kommunistischen Plattform, April 2008, Quelle: http://die-linke.de/partei/zusammenschlusse/kommunistische_plattform_der_partei_die_linke/mitteilungen_der_kommunistischen_plattform/detail/archiv/2008/april/kategorie/kpf-mitteilungen/zurueck/archiv-1/artikel/wir-erinnern-8/ (Stand: 17.10.2008).

Geschichte sind.“⁴⁶ Der Fraktionsvorsitzende Gysi liefert die zugrunde liegende Ideologie in seiner Rede auf diesem Parteitag: „Und dass der Kapitalismus nicht die letzte Antwort ist, ergibt sich aus drei Dingen: Erstens: Er tendiert permanent zu Kriegen! Schon deshalb ist er zu überwinden, weil er Zugang zu Rohstoffen und andere ökonomische Interessen auch mittels Krieg durchsetzen will. Zweitens: Er tendiert zu Elend, Hunger und zu grober sozialer Ungerechtigkeit. Auch deshalb ist er zu überwinden! (...) Die ökologische Frage kriegst du grundsätzlich niemals im Kapitalismus geklärt. Das ist der dritte Grund, weshalb er überwunden werden muss.“⁴⁷

Eine ähnliche Tonart schlägt der Parteivorsitzende Lafontaine an: „Dies ist die entscheidende Frage unserer Zeit: Wie begegnet Politik dem finanzmarktgetriebenen Kapitalismus?“⁴⁸ Für sich selbst – und damit nach seinem Führungsanspruch auch für die Partei – hat Lafontaine diese Frage geklärt: „Wir wollen mitwirken am Aufbau des Sozialismus des 21. Jahrhunderts und unterstützen die Sozialismus-Versuche in Südamerika. Sie geben uns Hoffnung in Europa und in aller Welt!“⁴⁹

Zwar sagt der Parteivorsitzende Lafontaine: „Wir sind für das Privateigentum. Wir stellen es nur dort in Frage, wo bei Großkonzernen erhebliche gesellschaftliche Macht damit verbunden ist.“⁵⁰ Aber dann entdeckt er doch noch mehr Ungerechtigkeiten in der Welt: Die großen Vermögen vieler Familienunternehmen seien „grundgesetzwidrig“, kritisiert er in einem Gespräch mit dem Magazin *Capital*⁵¹ – denn, so die Begründung, kein Mensch könne in seinem Leben zehn Milliarden Euro auf verfassungsgemäße Weise anhäufen, wie es beim Automobilzulieferer Schaeffler der Fall sei. Der Schaeffler-Reichtum sei vielmehr „das Ergebnis einer fortdauernden Enteignung der Belegschaft und deren großer Beitrag zur Produktivität und Wertschöpfung.“⁵²

46 „Eine starke Linke für eine andere, bessere Politik“, Beschluss des 1. Parteitages der Partei Die Linke am 24./25.05.2008 in Cottbus, Quelle: http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/1_parteitag/beschlusse/eine_starke_linke_fuer_eine_andere_bessere_politik/ (Stand: 17.10.2008).

47 Gregor Gysi, Rede auf dem 1. Parteitag der Partei Die Linke am 24./25.05.2008 in Cottbus, Quelle: http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/1_parteitag/reden/gregor_gysi/ (Stand: 17.10.2008).

48 Oskar Lafontaine, Rede auf dem 1. Parteitag der Partei Die Linke am 24./25.05.2008 in Cottbus, Quelle: http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/1_parteitag/reden/oskar_lafontaine/ (Stand: 17.10.2008).

49 Oskar Lafontaine, Rede auf dem Gründungsparteitag der Partei Die Linke am 16.06.2007 in Berlin, Quelle: http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/gruendungsparteitag/reden/oskar_lafontaine/ (Stand: 17.10.2008).

50 Oskar Lafontaine, *Bonner General-Anzeiger* vom 28.07.2007.

51 Zitiert in *Spiegel Online* vom 15.09.2008, Quelle: <http://www.capital.de/politik/100014491.html> (Stand: 17.10.2008).

52 ebda.

Das Verhältnis der Partei und ihrer Protagonisten zum Eigentum ist durchaus angespannt: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein reiches Land. Allerdings sind die Beteiligung am gesellschaftlichen Reichtum und die Lebenschancen ungleich verteilt.“⁵³ Denn: „Freiheit ohne Gleichheit ist nur die Freiheit für die Reichen.“⁵⁴ Logische Folge für die Linkspartei: „Demokratisierung der Wirtschaft erfordert, die Verfügungsgewalt über alle Formen des Eigentums sozialen Maßstäben unterzuordnen.“⁵⁵ Und Wettbewerb ist dabei „eine öffentlich-rechtliche Veranstaltung, die ein starker und unparteiischer Staat organisieren muss.“⁵⁶

Ein „zentrales politisches Handlungsfeld“ für die Partei ist also die „Wiedergewinnung des Öffentlichen – gegen die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Güter, für die demokratische Kontrolle bürgerfreundlicher öffentlicher Unternehmen.“⁵⁷ Dabei gibt es für die Linke „drei Bereiche, wo wir öffentliches Eigentum dringend benötigen: erstens bei der gesamten Rüstungsindustrie. Solange nämlich an Rüstung so viel verdient wird, hören Kriege auch nicht auf. Solange es sie also überhaupt noch gibt, muss sie wenigstens staatlich sein und niemals privat. Zweitens bei den Monopolen. Ein staatliches Monopol ist immer besser, weil politisch zu regulieren, als ein privates, das nur abzockt. (...) Und das Dritte ist: Im gesamten Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge brauchen wir deshalb öffentliches Eigentum, weil dort andere Kriterien gelten müssen.“⁵⁸

Denn, in der Diktion von Gregor Gysi, „wenn man der Politik die Möglichkeit nimmt, über die Preise für Energie, Wasser etc. zu entscheiden, weil das alles privatisiert ist, dann reduziert man doch die Bedeutung von Demokratie!“⁵⁹ So sieht es auch Lafontaine: „Wir haben jetzt Monopole, die die Menschen abzocken. Und deshalb fordern wir die Verstaatlichung der Netze und die staatliche

53 „Gemeinsam für eine andere Politik – Programmatische Eckpunkte“, Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei. PDS am 24. und 25. März 2007 in Dortmund, Quelle: http://die-linke.de/partei/dokumente/programmatische_eckpunkte/ (Stand: 17.10.2008).

54 ebda.

55 ebda.

56 Oskar Lafontaine, „Freiheit durch Sozialismus“, in: *FAZ* vom 09.07.2007.

57 „Eine starke Linke für eine andere, bessere Politik“, Beschluss des 1. Parteitages der Partei Die Linke am 24./25.05.2008 in Cottbus, Quelle: http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/1_parteitag/beschlusse/eine_starke_linke_fuer_eine_andere_bessere_politik/ (Stand: 17.10.2008).

58 Gregor Gysi, Rede auf dem 1. Parteitag der Partei Die Linke am 24./25.05.2008 in Cottbus, Quelle: http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/1_parteitag/reden/gregor_gysi/ (Stand: 17.10.2008).

59 Gregor Gysi, ebda.

Preisregulierung auf den Energiemärkten.“⁶⁰ Heißt: „Dass Post und Telekom in öffentlichem Besitz waren, hat sich über viele Jahre bewährt. Auch die Bahn sollte im Staatsbesitz sein... Die Stromnetze gehören in die öffentliche Hand.“⁶¹ Oder: „Wir wollen beispielsweise die Energieversorgung in die Verantwortung der Kommunen geben.“⁶² Gegenbeispiele, wie etwa das Absinken der Telefonkosten bei verbessertem Service auf einen Bruchteil seit den Privatisierungen in der Telekommunikationsbranche werden da allerdings ausgespart.

Also: „Die Deregulierung hat dadurch ein so hohes Maß erreicht, weil wir so viele Menschen in befristeten Arbeitsverhältnissen haben, weil die moderne Sklaverei in Form der Leiharbeit eingeführt worden ist, weil die Geringverdienenden sich so ausgebreitet haben, weil es Millionen Jobs für 400 Euro etc. gibt. (...) Das ist alles Deregulierung. Und alle Versprechen, die damit verbunden waren, sind nie erfüllt worden. Es geht nur um den Abbau von Rechten. Und genau deshalb stehen wir gegen Deregulierung, und zwar konsequent.“⁶³ So will dann die Partei „die Verschleuderung öffentlichen Eigentums verhindern. Deshalb kämpfen wir gegen Privatisierungen und für starke öffentliche Unternehmen.“⁶⁴

Bei aller Fragwürdigkeit der auf tönernen Füßen stehenden Argumentation von Gysi und Lafontaine: Hier wird deutlich, wie groß der Gegensatz zwischen freiheitlicher und linker Wirtschaftspolitik ist. Und dass es sich hier nicht um Einzelmeinungen handelt, zeigt die Tatsache, dass die Forderungen in das „100-Punkte-Programm“ der Bundestagsfraktion Die Linke übernommen wurden, die in der Partei als Programmersatz dienen.⁶⁵

„Das Kommunistische Manifest ist doch hochaktuell“, sagt Lafontaine in einem Interview⁶⁶, und diese Auffassung kommt auch in seinen Reden zum Ausdruck, wo er zum Beweis der Verelendung der Massen und der Entfremdung von Arbeiter und Produkt gern auf Theorien von Marx und Engels zurückgreift: „Der

60 Oskar Lafontaine, Rede auf dem Gründungsparteitag der Partei Die Linke am 16.06.2007 in Berlin, Quelle: http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/gruendungsparteitag/reden/oskar_lafontaine/ (Stand: 17.10.2008).

61 so Oskar Lafontaine in der „Welt“ und der „Berliner Morgenpost“ vom 14.04.2008, S.3.

62 Oskar Lafontaine im *Bonner General-Anzeiger* vom 28.07.2008.

63 Gregor Gysi, Rede auf dem 1. Parteitag der Partei Die Linke am 24./25.05.2008 in Cottbus, Quelle: http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/1_parteitag/reden/gregor_gysi/ (Stand: 17.10.2008).

64 Eine starke Linke für eine andere, bessere Politik“, Beschluss des 1. Parteitages der Partei Die Linke am 24./25.05.2008 in Cottbus, Quelle: http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/1_parteitag/beschluesse/eine_starke_linke_fuer_eine_andere_bessere_politik/ (Stand: 17.10.2008).

65 „Das 100-Punkte-Programm“, herausgegeben von der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag, Mai 2008.

66 Oskar Lafontaine in der *Welt* und der *Berliner Morgenpost* vom 14.04.2008.

finanzmarktgetriebene Kapitalismus fordert von den Belegschaften in einem bisher nicht gekannten Maße eine ständige Anpassung an den Apparat und die Unterordnung unter Autorität. Neben Leistungsdruck und Fremdbestimmtheit der abhängigen Arbeit tritt als weitere Belastung hinzu, dass der Arbeitnehmer in Prozesse eingeordnet ist, die er häufig aus Mangel an Informationen über die Gesamtzusammenhänge nur schwer überschauen kann.“

Die „Kommunistische Plattform“ sekundiert: „In der Gegenwart entblößt der ‚moderne‘ Kapitalismus sein asoziales, weil ausbeuterisches, aggressives und kulturfeindliches Wesen täglich mehr. Hier und heute geht es um die Abwehr der immer brutaler werdenden Angriffe auf die Lebensqualität der Bevölkerungsmehrheit, besonders um die Solidarität unter den sozial Benachteiligten und mit ihnen.“⁶⁷

Da hilft nur eines: „Wer die Demokratie retten und dem sich immer schneller drehenden Rad des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus in die Speichen greifen will, muss seine zentrale Voraussetzung in Frage stellen: die alleinige Verfügung der Unternehmenseigener und Finanzinvestoren über Gewinn, Investitionen und Kapital“⁶⁸ – und das ist dann „wichtig, weil systemverändernd, ja systemüberwindend“⁶⁹. Die inhaltliche Darstellung allerdings ist wahrlich bestechend: „Wenn ein Arbeitgeber eine Fabrikhalle errichtet und das dazu gehörige Inventar bezahlt, um eine Produktion aufzunehmen, dann gehört das Betriebsvermögen ihm. Wenn aber aus der laufenden Produktion heraus eine zweite Halle samt Inventar finanziert wird, dann gehört diese zweite Halle nicht allein dem Unternehmer, sondern der Belegschaft, ohne deren Arbeit dieses Vermögen niemals entstanden wäre! Daher schlagen wir vor, den Zuwachs des Betriebsvermögens zur Hälfte der Belegschaft zu überlassen.“⁷⁰ Ganz so weit traute sich dann allerdings auch die Bundestagsfraktion nicht, die in ihr „100-Punkte-Programm“ nur die schlichte Forderung aufnahm: „Die Belegschaft wird am Zuwachs des Produktivvermögens beteiligt“.

Ein weiteres beeindruckendes Beispiel der Unkenntnis marktwirtschaftlicher Zusammenhänge brachte der Parteivorsitzende im ZDF-Sommerinterview. Auf

67 „Wir bleiben, was wir waren und sind: In der Partei Die Linke organisierte Kommunistinnen und Kommunisten“, Beschluss der 3. Tagung der 13. Bundeskonferenz der Kommunistischen Plattform der Partei Die Linke vom 10. November 2007; Quelle: http://die-linke.de/partei/zusammenschluesse/kommunistische_plattform_der_partei_die_linke/dokumente/wir_bleiben_was_wir_waren_und_sind_in_der_partei_die_linke_organisierte_kommunistinnen_und_kommunisten/ (Stand: 17.10.2008).

68 Oskar Lafontaine, Rede auf dem 1. Parteitag der Partei Die Linke am 24./25.05.2008 in Cottbus, Quelle: http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/1_parteitag/reden/oskar_lafontaine/ (Stand: 17.10.2008).

69 Oskar Lafontaine, ebda.

70 Oskar Lafontaine, ebda.

die Frage „Ihr Parteifreund Brie hat gesagt, dass diese acht Euro (Mindestlohn) nie von einem Friseur in Mecklenburg bezahlt werden können. Da hat er doch Recht?“ schafft es Lafontaine, in seiner Antwort nicht nur in fast schon Beck'scher Manier die Ostdeutschen zu beleidigen, sondern stellt auch die Regeln von Angebot und Nachfrage auf den Kopf, als er sagt: „Solange im Osten Löhne gezahlt werden von 3,80 Euro oder so, dann ist das natürlich schwer. Wenn aber im Osten 8,44 Euro gezahlt werden, dann gehen die Leute auch mal wieder zum Friseur. Das sind die ökonomischen Zusammenhänge.“⁷¹ Und der Ko-Parteivorsitzende Bisky ergänzt bei anderer Gelegenheit, gefragt nach den Möglichkeiten eines Friseurs in Thüringen oder Mecklenburg-Vorpommern, einen Mindestlohn von 8 Euro zu zahlen, eine Idee aus dem bewährten Fundus der Linkspartei: „Ich halte staatliche Überbrückungszahlungen an kleine Unternehmen für notwendig, wenn die sich die Mindestlöhne nicht sofort leisten können.“⁷² Wann dieses „sofort“ enden soll, sagt er nicht.

„Wir müssen die Barbarei der kapitalistischen Gesellschaft überwinden“, macht sich Lafontaine einen Satz von Rosa Luxemburg zu eigen⁷³ und gibt damit ein deutliches Zeichen an alle, die sich über die wirtschaftspolitischen Ziele und die ideologische Grundausrichtung der Linkspartei noch nicht im Klaren sind oder waren.

71 Oskar Lafontaine im ARD-Sommerinterview vom 10.08.2008, Quelle: http://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/bab/bab404_bab-sendung12814.html (Stand: 17.10.2008).

72 Lothar Bisky, Interview in *Bild* am Sonntag vom 26.08.2007.

73 Vgl. Interview von Oskar Lafontaine in der *taz* vom 10.05.2008.

3. „Die Linke“ und die Steuern

Für eine freiheitliche Steuer- und Finanzpolitik ist es eine Frage der Gerechtigkeit, dass die Bürgerinnen und Bürger von einer guten Konjunktur auch persönlich profitieren. Das setzt ein einfacheres, niedrigeres und gerechteres Steuersystem voraus, damit die Bürger endlich ihren Anteil am Aufschwung erhalten. Eine Politik für niedrigere, einfachere und gerechtere Steuern ist nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit in wirtschaftlich guten Zeiten, sondern vor allem eine Frage der wirtschaftlichen Vernunft für konjunkturell schlechtere Zeiten. Eine positive Konjunkturlage muss der Anlass sein, ohne Zögern die notwendigen Strukturreformen anzugehen. Niedrig, einfach und gerecht sind die Kriterien, damit sich Leistung in Deutschland wieder lohnt. Die Einkommensbesteuerung muss auf ihre eigentliche Aufgabe innerhalb der sozialen Marktwirtschaft zurückgeführt werden: Der Staat soll angemessen am Erwerbserfolg der Privaten teilhaben, um seine unausweichlichen Ausgaben zu finanzieren – nicht weniger und nicht mehr. Der Maßstab für die Besteuerung muss ausschließlich die Leistungsfähigkeit des Steuerbürgers sein. Ausnahmen und Lenkungsnormen gehören beseitigt.

„Die Linke“ kündigte in ihrem auf dem 1. Parteitag 2008 verabschiedeten Beschluss an, für eine Erneuerung des Sozialstaats und seiner finanziellen Grundlagen eintreten zu wollen.⁷⁴ Im gleichen Text wird allerdings deutlich, was die Protagonisten der Partei darunter verstehen: Die „Umverteilung von unten nach oben“ soll beendet werden, hohe Einkommen und Gewinne sowie große Vermögen und Erbschaften sollen stärker besteuert werden, um kleine und mittlere Einkommen zu entlasten und öffentliche Leistungen finanzieren zu können.

Dabei steht offensichtlich die Ausweitung öffentlicher Leistungen im Mittelpunkt. Von der Notwendigkeit, den Menschen mehr von ihrem sauer verdienten Geld zu belassen, damit sie ausreichend für sich selbst sorgen können, ist nicht die Rede. Stattdessen wird in nahezu jeder steuerpolitischen Stellungnahme darauf hingewiesen, dass „durch Steuersenkungen der letzten Jahre zugunsten von Reichen und Großunternehmen die Steuer- und Abgabenquote in Deutschland weit unter dem europäischen Durchschnitt“ liege und dadurch eine „Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte von 120 Milliarden Euro pro Jahr“ zu beklagen sei.⁷⁵

74 „Eine starke Linke für eine andere, bessere Politik“, Beschluss des 1. Parteitages der Partei Die Linke am 24./25.05.2008 in Cottbus, Quelle: http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/1_parteitag/beschluesse/eine_starke_linke_fuer_eine_andere_bessere_politik/ (Stand: 17.10.2008).

75 ebda.

Und damit ließen sich schließlich alle von der Linken aufgestellten Forderungen finanzieren, wie es Gregor Gysi wortreich, wenn auch nicht ganz widerspruchsfrei darstellt: „Es stimmt nicht, dass das Geld nicht da ist! Sie sorgen nur dafür, dass es nicht da ist, weil sie immer an den falschen Stellen die Steuersenkungen beschließen und die Geringverdienenden und die durchschnittlich Verdienenden und die Kleinunternehmen übermäßig zur Kasse bitten!“⁷⁶. Also: „Hätten wir nur den Durchschnitt, hätten wir jährlich eine Mehreinnahme von 120 Milliarden Euro!“⁷⁷ Das dürfte allerdings, wie der „Spiegel“ schreibt, nicht reichen: „Allein die Rücknahme der Kürzungen bei Rente und Krankenversicherung würde rund hundert Milliarden Euro kosten.“⁷⁸

Da ist zwar eine Gruppe von Linke-Vorständlern etwas vorsichtiger und schreibt in einem Artikel zum „Zukunftsinvestitionsprogramm“: „Konsens besteht zwischen kritischen Stimmen (in der Partei, Anmerkung des Autors) und uns darin, dass mit einer stärkeren Besteuerung von Reichen, Vermögenden und Konzernen zusätzliche Einnahmen von mindestens rund 70 Milliarden Euro erzielbar seien“⁷⁹ – aber die Autoren sind äußerst kampfeswillig und auf alles gefasst, denn sie wissen: „Die traditionelle Vorstellung läuft darauf hinaus, dass man hierfür parlamentarische Mehrheiten benötigt.“ Aber: „Selbst wenn dies gelingen sollte, wäre das Ausmaß der Vermögensbesteuerung offen. Ja, sogar das Scheitern der Wiedereinführung der Vermögensteuer wäre nicht auszuschließen. Denn die Vermögenden und die Reichen würden sich mit ungeheurer Macht gegen dieses Projekt stellen. Eine Welle von Desinformation und Polemik würde das Land überziehen.“ Doch es gibt Hoffnung für die Linken: „Der Kampf um unser wirtschaftliches Reformprojekt muss mit dem Kampf um gesellschaftliche, linke Hegemonie verbunden werden – unter anderem, um die Wiedereinführung der Vermögensbesteuerung politisch abzusichern.“⁸⁰

Das klingt durchaus vertraut.

Ist die ideologische Notwendigkeit eines steuerpolitischen Armageddon erst einmal geklärt, kommt es eigentlich nur noch auf den Umfang an. Hier ist der Parteivorsitzende ganz eindeutig: „Wir wollen Steuererhöhungen für Vermögende, für gut verdienende Unternehmen, für die Bezieher hoher Einkommen und die Empfänger großer Erbschaften. Wir wollen Steuersenkungen

76 Gregor Gysi, Rede auf dem 1. Parteitag der Partei Die Linke am 24./25.05.2008 in Cottbus, Quelle: http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/1_parteitag/reden/gregor_gysi/ (Stand: 17.10.2008).

77 Gregor Gysi, ebda.

78 „Oskars wundersame Welt“, *Der Spiegel* Nr. 38/2008 vom 15.09.2008, S.46 f.

79 Kampf um Vorherrschaft, Artikel von Ralf Krämer, Michael Schlecht und Axel Troost in: *Junge Welt*, 08.05.2008.

80 alle Zitate a.a.O.

bei der Mehrwertsteuer und bei der Einkommensteuer für Facharbeiter und kleine Betriebe.“⁸¹ Oder, noch etwas präziser: „Wir wollen die Steuern für Facharbeiter und Klein- und Mittelbetriebe senken. Gleichzeitig möchten wir die größeren Einkommen stärker an der Finanzierung des Staates beteiligen – über einen steigenden Spitzensteuersatz, höhere Erbschaftssteuer, eine Vermögens- und Börsenumsatzsteuer. Und wir wollen die Unternehmensgewinne stärker besteuern.“⁸² Auch hier weist der „Spiegel“ auf Unzulänglichkeiten in der Argumentation hin: „Der Kaufkraftentzug käme einer Mehrwertsteuererhöhung von 15 Prozentpunkten gleich. Den Abgabenschock könnte keine Volkswirtschaft verkraften.“⁸³

Neben der Frage, was einen „Vermögenden“ von einem „Bezieher hoher Einkommen“ oder einem „Reichen“ unterscheidet, bleiben deutliche Kritikpunkte an den Forderungen der Linken: Unter den Direktsteuern ist die Einkommenssteuer neben Umsatz- und Mehrwertsteuer die für den Bund Bedeutendste. Diese wird wiederum beinahe ausschließlich von den sog. „Reichen“ getragen. Damit ist die Behauptung falsch, „die Reichen“ würden momentan nicht „zur Finanzierung von öffentlichen Ausgaben“ herangezogen. „Die Linke“ will damit zum Ausdruck bringen, dass der Umstand, dass 50% der Steuerzahler ca. 90% dieser Steuer tragen, nicht „solidarisch“ genug ist.

Ferner wird suggeriert, Konzerne würden keinen Beitrag leisten. Zwar ist der Anteil des Unternehmenssteueraufkommens in Deutschland relativ gering, doch liegt das nicht an der geringen Besteuerung auf Unternehmensgewinne, die über dem OECD-Durchschnitt für Europa liegt, sondern an dem ausnahmereichen deutschen Steuerrecht. Eine Vereinfachung des Steuerrechts wie z.B. durch die flat tax bei gleichzeitiger Abschaffung der Ausnahmen wird von der Linken aber als „neoliberal“ abgelehnt.

Die vielfältigen Forderungen nach Steuererhöhungen finden sich auch in den 100 Punkten der Bundestagsfraktion, wenn auch nicht als so umfängliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, wie sie Gregor Gysi vorschlug: „Wir brauchen gerechte Steuersätze und deutlich bessere Kontrolle mit viel mehr Steuerprüfern.“⁸⁴

Hier finden sich Forderungen wie: „Die deutsche Steuer- und Abgabenquote wird auf das Niveau des europäischen Durchschnitts angehoben“, „Deutsche Staatsangehörige werden unabhängig von ihrem tatsächlichen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt mit ihrem Einkommen in Deutschland steuerpflichtig“,

81 Oskar Lafontaine, *FAZ* vom 03.07.2007.

82 Oskar Lafontaine, *taz* vom 10.05.2008.

83 „Oskars wundersame Welt“, *Der Spiegel*, Nr. 38/2008 vom 15.09.2008, S.46 f.

84 Gregor Gysi, *Tagesspiegel* vom 17.02.2008.

„Vermögens- und Erbschaftssteuer werden wie in den angelsächsischen Ländern erhoben“, „Der Spitzensteuersatz steigt wieder auf mindestens 50% und setzt erst bei höheren Einkommen ein“, „Steuerpflichtige mit einem Einkommen von mehr als 500.000 Euro werden regelmäßig geprüft“.⁸⁵

Auffällig ist das Verbleiben in vagen Andeutungen und unpräzisen Formulierungen, vor allem der fast komplette Verzicht auf die Definition von Einkommensgrenzen zur Einsortierung als „Gutverdienende“, Bezieher „größerer bzw. hoher Einkommen“, „große Vermögen“ oder ähnliches. „Millionen von Deutschen“, so Dorothea Siems zutreffend in einem Kommentar, „dürften überrascht sein, dass sie selbst zu den Gejagten gehören.“⁸⁶ Schließlich gilt laut Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung als „reich“ schon jeder, der als Single im Monat über 3418 Euro verfügt oder eine vierköpfige Familie mit 7177 Euro. Diese Gruppe schultert bereits jetzt mehr als die Hälfte des gesamten Einkommensteueraufkommens, während die unteren 50% der Steuerpflichtigen gerade einmal 6% der Gesamtlast tragen.

Derartige Einwände werden bei der Linkspartei jedoch nicht zur Kenntnis genommen. Stattdessen wird schlicht angekündigt, „der Einkommensteuertarif wird gerecht gestaltet, Steuerentlastungen für geringe und mittlere Einkommen und kleine und mittlere Betriebe werden durchgesetzt.“⁸⁷ So kann dann der Parteivorsitzende verkünden: „Wir wollen eine andere Vermögensteuer, eine andere Betriebsbesteuerung und wir wollen einen anderen Spitzensteuersatz und eine andere Erbschaftssteuer.“⁸⁸ Nur, welche, das sagt er nicht. Stattdessen stellt er schlankweg fest: „Die große Mehrheit der Bevölkerung wäre von unseren Steuervorschlägen entlastet.“⁸⁹ Eine angesichts der ausschließlichen Konzentration der Linken auf eine Ausweitung kostspieliger Sozialausgaben erstaunliche Feststellung, die jedoch durchaus ideologisch begründet ist und die im Lichte einer Grundhaltung steht, die im bereits zitierten Artikel der drei Vorstandsmitglieder nachlesbar ist: „Das Zukunftsinvestitionsprogramm stellt soziale Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen über private Profitinteressen und bildet damit einen Schritt zur Überwindung der Vorherrschaft des Kapitals und zum demokratischen Sozialismus“.⁹⁰ Das ist in der Tat ganz alte Schule.

85 „Das 100-Punkte-Programm“, herausgegeben von der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag, Mai 2008.

86 Dorothea Siems, Jagd auf „die Reichen“, Kommentar in Die Welt vom 26.05.2008.

87 „Das 100-Punkte-Programm“, herausgegeben von der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag, Mai 2008.

88 Oskar Lafontaine im ARD-Sommerinterview vom 10.08.2008, Quelle: http://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/bab/bab404_bab-sendung12814.html (Stand: 17.10.2008).

89 ebda.

90 Kampf um Vorherrschaft, Artikel von Ralf Krämer, Michael Schlecht und Axel Troost in: *Junge Welt*, 08.05.2008.

4. „Die Linke“ und der Sozialstaat

Der Bereich Sozialpolitik bestimmt im Wesentlichen den Gründungsmythos und das Selbstverständnis der Partei „Die Linke“. Führte die aus der SED hervorgegangene PDS in den westlichen Bundesländern eher ein Schattendasein, so wirkte der Zusammenschluss mit der WASG durch deren Fundierung im sozialen Protest und trotz deren wesentlich geringerer Mitgliederzahl identitätsstiftend für die „neue“ Partei, deren Mitgliedschaft im Osten zu fast 85% aus SED-Alt Kadern bestand und sich noch gut an die Zeit als Macht habende Oberschicht der DDR erinnerte.

Am 14. März 2003 verkündete der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder in einer Regierungserklärung im Deutschen Bundestag die Agenda 2010. Die dieser Ankündigung entsprechenden Leitanträge wurden im Juni 2003 auf den Parteitagen der SPD mit deutlich über 80% und der Grünen mit etwa 90% Zustimmung angenommen. Nach Auffassung von Parteienforschern verdankt die heutige fusionierte Linkspartei ihren Aufstieg einer „Gelegenheitsstruktur“, die entstand, als „die SPD 2003 mit der Agenda 2010 den Sozialstaat zur Disposition gestellt“ habe, mit der Folge eines „Rückgangs der Bindung an die SPD bei Wählern wie Parteimitgliedern bei gleichzeitiger Persistenz wohlfahrtstaatlicher Bindungen.“⁹¹ In der Tat scheint der Schlüssel für die Bedeutungszunahme der Linkspartei in der Fusion der im Osten, aber auch nur dort erfolgreichen PDS mit der 2004 zunächst als Verein, dann 2005 als Partei konstituierten „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“ zu liegen, die nicht nur einen Stamm an regierungskritischen (bald ehemaligen) SPD-Mitgliedern und Gewerkschaftern mitbrachte, sondern auch durch ihre langjährige Verankerung ein Fußfassen in den westlichen Bundesländern ermöglichte.

Erfolge stellten sich rasch ein. Bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2005, exakt vier Monate nach Parteigründung, erreichte die WASG 2,2 Prozent – was angesichts des PDS-Ergebnisses von 0,9% aber durchaus als Erfolg gewertet wurde. Auffällig war dabei, dass die WASG ihr Wählerreservoir vor allem bei der SPD und den vorherigen Nichtwählern abschöpfte. In den Wochen nach der Landtagswahl verdoppelte „Die Linke“, die inzwischen ihr Bestreben nach Parteienvereinigung und gemeinsame Kandidaturen zur Bundestagswahl angekündigt hatte, in den Meinungsumfragen ihren prozentualen Anteil auf einen zweistelligen Wert und erreichte bei der Bundestagswahl 2005 8,7%. Dies legt die Vermutung nahe, dass insbesondere die starke thematische Konzentration auf den sozialpolitischen Bereich und die klare Distanzierung

91 Tim Spier/Felix Butzlaff/Matthias Ficus/Franz Walter (Hrsg.): Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, VS-Verlag 2007, S.20.

von der Agenda 2010 und den sie tragenden Parteien zur Profilierung der Partei beigetragen hat. Auch die Erfolge der Linkspartei bei den Wahlen in Hessen, Niedersachsen, Bremen und Hamburg – und damit die Etablierung auch in den westlichen Bundesländern – beruhen maßgeblich auf der sozialpolitischen Diskussion im Lande und der damit verbundenen Kritik an der SPD.

Dem entspricht die Darstellung der Partei selbst: Die Gründung der „neuen Linken“ erfolgte danach „aus Widerspruch und Protest gegen die neoliberalen Angriffe auf den Sozialstaat, auf den die überwältigende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger als Schutz gegen die großen sozialen Risiken kapitalistischer Lohnarbeit angewiesen ist.“⁹² Und dabei sieht „Die Linke“ einen geradezu missionarischen Auftrag für sich gekommen: die Rettung des Sozialstaats vor seiner endgültigen Zerstörung. Und die steht unmittelbar bevor, folgt man dem Parteivorsitzenden: „Es ist unglaublich, was die Reformchaoten der letzten Jahre angerichtet haben. Sie haben einen sicheren Sozialstaat, der vielen Menschen in Deutschland Halt und Planungssicherheit für die Zukunft gab, zerstört.“⁹³

Hier werden schon im Ansatz die großen Unterschiede zwischen linker und liberaler, freiheitlicher Politik offensichtlich: Indem liberale Politik für Rechtsstaatlichkeit eintritt, schützt sie die Freiheitsrechte der Schwachen vor der Willkür der Starken. Indem sie die Marktwirtschaft verfehlt, sorgt sie für faire Chancen für alle. Indem sie die Begrenzung des Staates durchsetzt, wehrt sie dem Missbrauch, dass im Verteilungskampf die Staatsmacht vor allem den Interessen der Mächtigen dient. Indem sie Überregulierungen und Kartelle abbaut – auch auf dem Gebiet des Arbeitsmarktes –, schafft sie die Voraussetzungen für Arbeitsplätze für alle. Indem sie die Stabilität des Geldwertes sichert, macht sie verlässliche Vorsorge für Alter und Notfälle überhaupt erst möglich. Indem sie gegen eine alle nur denkbaren Interessen bedienende Umverteilungspolitik eintritt, sichert sie die Ressourcen für gezielte und nachhaltige Hilfe da, wo sie gebraucht wird. Indem sie die Abgabenlast senkt, schafft sie Raum für mitmenschliche Solidarität dort, wo deren Platz ist: im Privaten. Indem sie den Irrglauben bekämpft, Mitmenschlichkeit könne von Staats wegen organisiert werden, schärft sie das Verantwortungsbewusstsein der Menschen füreinander.

Der Sinn liberaler Sozialpolitik besteht darin, Menschen in Not zu helfen

92 Eine starke Linke für eine andere, bessere Politik“, Beschluss des 1. Parteitages der Partei Die Linke am 24./25.05.2008 in Cottbus, Quelle: http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/1_parteitag/beschluesse/eine_starke_linke_fuer_eine_andere_bessere_politik/ (Stand: 17.10.2008).

93 Oskar Lafontaine, Rede auf dem Gründungsparteitag der Partei Die Linke am 16.06.2007 in Berlin, Quelle: http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/gruendungsparteitag/reden/oskar_lafontaine/ (Stand: 17.10.2008).

und Vorsorge gegen Notlagen zu veranlassen, aber nicht darin, soziale Unterschiede zu egalisieren. Keine Sozialpolitik, auch eine liberale nicht, kann eine vollkommene Sicherung gegen alle Lebensrisiken bieten. In der stets notwendigen Abwägung zwischen (ungewisser) Sicherheit und Freiheit entscheidet sich der Liberalismus auch hier im Zweifel für die Freiheit.

Das Missverständnis der „sozialen Kälte“ liberaler Politik kann nur für diejenigen aufkommen, die „das Soziale“ mit den staatlichen Systemen der sozialen Sicherung identifizieren.⁹⁴ Genau dies ist aber Hauptbestandteil der Aussagen der Linkspartei zu diesem Thema, wo Sozialpolitik zuvorderst als Finanzierung von Unterstützungsmaßnahmen angesehen wird. Erkennbar wird dies nicht nur an einzelnen Forderungen, sondern schon an der zugrunde liegenden Philosophie. So schreibt zum Beispiel die „Antikapitalistische Linke“, ein weiterer Zusammenschluss innerhalb der Linkspartei: „Die Löcher in den Sozialkassen, insbesondere bei Rente und Gesundheit, rühren nicht aus steigenden Ausgaben, sondern aus der Vernichtung sozialversicherter Beschäftigung.“⁹⁵

Trotz der zentralen Bedeutung, die der Bereich Sozialpolitik bei der Linkspartei einnimmt, ist die Spannweite der diesbetreffenden Programmatik überschaubar und erschöpft sich eher in Einzelforderungen. Dafür nimmt die Sozialstaatsrhetorik und die Geißelung der in den Augen der Verantwortlichen falschen Politik der anderen Parteien umso mehr Platz ein, sodass sich der Verdacht aufdrängt, es könne eher um ein Erzeugen von Stimmungen als um ein Aufzeigen von Lösungen gehen. In den Umfragen kommt dies allerdings besser an als bei den Kommentatoren, von denen zum Teil bissige Formulierungen zu lesen sind: „Man wünschte sich die Linke wirklich intelligenter und herausfordernder, aber ihre Botschaft lässt sich leider in die sehr platte Formel pressen: Weniger Arbeitszeit und höhere Löhne – die Reichen zahlen!“⁹⁶

So steht im beim Bundesparteitag verabschiedeten Beschluss – wie bereits im vorherigen Kapitel (s.o. „Steuern“) dargestellt – die Forderung nach einer Erneuerung des Sozialstaates in unmittelbarem Zusammenhang mit der Erneuerung auch seiner finanziellen Grundlagen, was in der Diktion der Linkspartei gleichbedeutend ist mit „Erhöhung der Finanzmittel“. Von Selbstverantwortung oder Eigenvorsorge ist allerdings nicht die Rede. Die dahinter stehende Philoso-

94 Vgl. Hubertus Müller-Groeling, Zur sozialen Dimension liberaler Politik, in: Otto Graf Lambsdorff (Hrsg.): „Freiheit und Soziale Verantwortung – Grundsätze liberaler Sozialpolitik“, Frankfurt am Main 2001, S.11.

95 „Für eine antikapitalistische Linke“, Positionspapier vom März 2006, Quelle: http://www.sahra-wagenknecht.de/de/article/304.zum_aufruf_fuer_eine_antikapitalistische_linke.html (Stand: 17.10.2008).

96 Martin Klingst, „Nein und immer wieder nein – Braucht Deutschland eine Links-Partei?“, *Die Zeit* vom 14.07.2005.

phie eines „Mehr Brutto für mehr Netto“ wird davon anscheinend unabhängig gesehen. Mit der Aussage „Hätten die Löhne heute einen Anteil am Volkseinkommen wie im Jahre 2000, hätten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 135 Milliarden Euro mehr auf dem Lohnzettel“⁹⁷ wird eine Pflicht oder nur die Möglichkeit zur Eigenvorsorge nicht verknüpft. Stattdessen verweist der Parteivorsitzende auf den in seinen Augen positiven Effekt, dass dadurch „Staat und Sozialkasse rund die Hälfte davon als Steuern und Abgaben einnehmen“ würden.⁹⁸ Nein, ganz im Gegenteil zum Prinzip der Eigenvorsorge stellt er fest: „Alle mit uns konkurrierenden Parteien wollen die Lohnnebenkosten senken. Das heißt, sie wollen das Geld für Rentner, Arbeitslose, Kranke und Pflegebedürftige kürzen.“⁹⁹

Gerade im Bereich der Sozialpolitik als zentralem Bereich der Linkspartei merkt man deutlich das Fehlen eines ausgefeilten, in langer Diskussion erarbeiteten Programms. Die Forderungen finden sich über den Parteitagbeschluss und die „100 Punkte“ verteilt und werden zum Teil außerhalb eines Gesamtzusammenhangs kurz angerissen.

Die Hauptforderungen betreffen die Bereiche Mindestlohn, Arbeitszeit, Hartz IV und Rente mit 67. So wollen die Linken eine „radikale Reduzierung der Arbeitszeit“, sie wollen „gesetzliche Mindestlöhne von 8 Euro und in schnellen Schritten 10 Euro“, „gute Arbeit. Prekäre Beschäftigung muss zurückgedrängt werden. Die gesetzliche Höchstarbeitszeit wollen wir auf 40 Stunden die Woche absenken“ und „weg von Hartz IV. Respekt, Würde und Bürgerrechte gelten auch für Erwerbslose“. Sie wollen „die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre wieder abschaffen und die Rentenformel wiederherstellen“ und fordern ein „generelles Verbot von Massenentlassungen in profitablen Unternehmen“.¹⁰⁰ Daneben gibt es noch einen bunten Strauß an Einzelforderungen wie z.B. die Umwandlung von 1-Euro-Jobs in öffentlich geförderte, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, die Rücknahme der Dämpfungsfaktoren in der Rente, die Anhebung der Ostrenten auf Westniveau, die Beseitigung des ‚Versorgungsunrechts‘ bei den Zusatz- und Sonderversorgungen der DDR, die vollständige Befreiung Versicherter mit geringem Einkommen von Zuzahlungen im Rahmen der Härtefallregelung, die Einführung einer humanen und

97 Oskar Lafontaine, Pressemitteilung vom 19.05.2008.

98 Oskar Lafontaine, Rede auf dem 1. Parteitag der Partei Die Linke am 24./25.05.2008 in Cottbus, Quelle: http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/1_parteitag/reden/oskar_lafontaine/ (Stand: 17.10.2008).

99 Oskar Lafontaine, ebda.

100 Alle Zitate aus „Eine starke Linke für eine andere, bessere Politik“, Beschluss des 1. Parteitages der Partei Die Linke am 24./25.05.2008 in Cottbus, Quelle: http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/1_parteitag/beschlusse/eine_starke_linke_fuer_eine_andere_bessere_politik/ (Stand: 17.10.2008).

solidarischen Pflegeversicherung, die gesetzliche Garantie einer bedarfsorientierten, armutsfesten Kindergrundsicherung und die Zahlung mindestens des Existenzminimums von 420 Euro monatlich für Kinder.¹⁰¹ Und damit das noch nicht alles ist, was bezahlt werden muss, wird noch von der stellvertretenden Parteivorsitzenden gefordert: „Natürlich muss Hartz IV weg, wir müssen aber auch sagen, was wir statt dessen wollen. Wir brauchen mindestens eine repressionsfreie soziale Grundsicherung.“¹⁰² Denn, so der gewerkschaftspolitische Sprecher der Partei zur Begründung: „Hartz IV ist ‚offener Strafvollzug‘ für Erwerbslose. Dies ist allgemein bekannt.“¹⁰³ Und der legt dann auch gleich noch mal nach: „Nur mit zehn Euro Mindestlohn kommen die Menschen wirklich aus dem Niedriglohnsektor heraus!“¹⁰⁴. Und wenn er dann schon einmal dabei ist: „Das Arbeitslosengeld II muss auf mindestens 435 Euro angehoben und repressionsfrei gewährt werden.“¹⁰⁵

Was geschehen wird, wenn diese Forderungen nicht erfüllt werden, ist auch schon sicher: „Fallende Löhne und Renten lassen immer mehr Bürgerinnen und Bürger an unserer repräsentativen Demokratie zweifeln“¹⁰⁶, sagt der Parteivorsitzende – allerdings sagt er nicht, dass es möglicherweise ratsam wäre, diese Stimmung nicht noch weiter populistisch zu schüren. Und der Fraktionsvorsitzende sieht sogar Lebensgefahr: „Wir haben es mit einer Energiearmut zu tun. Die Preise sind ins Unermessliche gestiegen. Es gibt Grundsicherungsrentnerinnen und andere, die sich das nicht leisten können, und ich möchte, dass die Politik etwas tut und nicht, dass wir nachher ein paar Todesfälle haben, aber vor allem Leute, die nicht heizen können oder ihren Strom nicht bezahlen können.“¹⁰⁷

Dabei werden die Vertreter der Linkspartei allerdings oft von der Wirklichkeit, oder gar von Sachverständigen widerlegt. So war der Beschluss für eine Erhöhung des Wohngeldes, die auch einen Wärmekostenzuschuss für Rentner beinhaltet, bereits Monate vor dem soeben zitierten Interview im Deutschen Bundestag gefasst worden.¹⁰⁸ Und aktuell, hier nur beispielhaft erwähnt,

101 Alle Zitate aus: „Das 100-Punkte-Programm“, herausgegeben von der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag, Mai 2008.

102 Katja Kipping, Interview in der *Frankfurter Rundschau* vom 23.05.2008.

103 Michael Schlecht, „Die wahren Sozialschmarotzer“, in: *Junge Welt*, 17.01.2008.

104 ebda.

105 ebda.

106 so Oskar Lafontaine, Rede auf dem 1. Parteitag der Partei Die Linke am 24./25.05.2008 in Cottbus, Quelle: http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/1_parteitag/reden/oskar_lafontaine/ (Stand: 17.10.2008).

107 Gregor Gysi im ZDF-Sommerinterview vom 03.08.2008, Quelle: <http://www.berlindirekt.zdf.de/ZDFde/inhalt/31/0,1872,7275583,00.html> (Stand: 17.10.2008).

108 http://www.bundestag.de/aktuell/archiv/2008/20229446_kw17_freitag/index.html (Stand: 17.10.2008).

zeigen die Wissenschaftler vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung auf, dass dank der guten Konjunktur in den vergangenen Jahren die Armut in Deutschland auf dem Rückzug – das heißt: zum ersten Mal seit zehn Jahren wieder gesunken ist.¹⁰⁹ Das Geheimnis dahinter: Die Linkspartei verwendet schlichtweg veraltete Zahlen aus dem Jahr 2005, als die zu diesem Zeitpunkt zu beobachtende Verbesserung der Konjunkturlage noch nicht erkennbar und in ihren Auswirkungen noch nicht absehbar war. Das DIW dagegen nutzt aktuelle Zahlen des von Ideologieverdacht freien „Sozioökonomischen Panels (SOEP)“ aus dem Jahr 2006 und dem ersten Halbjahr 2007. In diesem Zeitraum sank die Zahl Erwerbsloser infolge guter Konjunktur stetig. Mehr als zwei Millionen neue Stellen wurden geschaffen. Diese positive Beschäftigungsentwicklung schlägt sich laut DIW-Analyse¹¹⁰ positiv in der Einkommensverteilung nieder.

„Die Umverteilungsmarge des Sozialbudgets wird häufig als wichtigstes Kriterium der moralischen Qualität sozialstaatlicher Politik empfunden,“ schreibt Wolfgang Gerhardt¹¹¹. Den Eindruck von Gerechtigkeit aufrechterhalten, um die Gunst des Wählers nicht zu verlieren – das ist die Gleichung, die den meisten sozialpolitischen Verteilungskonzepten der Gegenwart zugrunde liegt. Wer Menschen wirklich helfen will, wer ihnen mehr bieten will als haltlose Versprechen in Wahlkampfzeiten, der muss ein zustimmungsfähiges, verständliches Umbauszenarium des deutschen Sozialstaats entwerfen, statt für brüchig gewordene soziale Systeme immer neue Geldquellen zu erschließen und immer neue gesellschaftliche Gruppen zu schröpfen. Leider beschränken sich die Forderungen der Politiker der Linkspartei lediglich auf das Schüren von Neid und Vorschläge zur Umschichtung finanzieller Mittel, ohne an den Ursachen wohlfahrtsstaatlicher Fehlentwicklungen etwas zu ändern. Die vielen wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Überlegenheit des marktwirtschaftlichen, in sozialistischer Diktion: kapitalistischen Systems gegenüber dem sozialistischen, planwirtschaftlichen System, wie sie z.B. im jährlich erscheinenden Report „Economic Freedom of the World“ klar und deutlich aufgezeigt werden, werden dabei nicht zur Kenntnis genommen. Dabei gilt: „Die Reduzierung von Sozialpolitik auf reine Alimentierung ist längst am Ende angelangt.“¹¹²

109 Wochenbericht des DIW vom 17.09.2008, Quelle: <http://www.diw.de/documents/publikationen/73/88782/08-38-1.pdf> (Stand: 17.10.2008).

110 Zusammengefasst bei Dorothea Siems, „Armutrisiko erstmals seit zehn Jahren gesunken“, in *Die Welt* vom 17.09.2008, S.2.

111 Wolfgang Gerhardt, „Einer trage des anderen Last“, in: *Die Welt* vom 12.08.2008.

112 Wolfgang Gerhardt, „Freiheit – Mut – Menschenwürde“, Berlin 2008, S.31.

5. „Die Linke“ und die Zukunft (Bildung/Wissenschaft/Forschung)

Bildung ist die soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Bildung und Ausbildung entscheiden nicht nur über das persönliche Fortkommen, sondern auch über den Wohlstand unserer Gesellschaft. Erfolgreiche Länder verdanken ihre Wertschöpfung gebildeten und leistungsbereiten Menschen. Bildung und Ausbildung sind unser Pass für die Zukunft. Deutschlands Stellung als Technologie-Nation ist härter umkämpft denn je. Für Deutschland ist es eine Wohlstandsfrage, ob es mehr Mut und Tatkraft für Freiheit und Wettbewerb bei Innovationen und Technologien in Wissenschaft und Forschung aufbringt oder ob es seinen technologischen Vorsprung an andere Länder und Weltregionen abgibt und damit Wohlstandschancen einbüßt. Freiheitliche Politik für Bildung und Innovation ist offen für zukunftsgerichtete Ideen, für Veränderung und Weiterentwicklung.

Die Ausführungen der Linkspartei zur Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungspolitik in Programmen, Reden und Stellungnahmen sind vor allem durch zwei Grundlinien charakterisiert: Sie sind streng ideologiebehaftet, und sie kosten sehr viel Geld. Als Hauptziel definiert die Partei die „strikte Umsetzung von Gleichstellung in allen Lebensbereichen und Chancengerechtigkeit statt sozialer Auslese in Schule, Hochschule und Beruf“¹¹³ Inhaltlich zeigt sich ein starker Trend der Partei, sich in reiner Opposition zur bestehenden Politik zu bewegen, ohne jedoch eigene Wege in die Zukunft – und das ist bei den drei hier zu behandelnden Bereichen schließlich der Kern – zu weisen. Dabei ist klar zu sagen, dass die Zukunftspolitik in diesem Sinne eindeutig nicht als zentraler Bereich linker Politik gesehen wird. Die programmatischen Aussagen sind rar, und auch in Reden und Interviews sind klare Positionen spärlich gesät.

„Die Linke“ nennt als vorrangige Ziele: „Kommerzialisierungstendenzen im Schulwesen werden gestoppt“, „Chancengleichheit im Bildungswesen wird gestärkt“, „Studienfinanzierung wird ausgebaut, soziale Hürden werden abgebaut“, „das Studium ist gebührenfrei“, „Ausgaben für Bildung, Forschung und Entwicklung werden mindestens auf das Niveau des europäischen Durchschnitts angehoben“.¹¹⁴ Auch in diesem Feld definiert sich „Die Linke“ wieder vorrangig als Kontra-Partei. So wird gefordert: „Abschaffung des gegliederten Schulsystems“, Ablehnung der „derzeitigen Schulformen, die sich unter dem Stichwort ‚Turbo-Abi‘ in den allgemeinen Trend der Bildungszeitverkürzung

113 „Eine starke Linke für eine andere, bessere Politik“, Beschluss des 1. Parteitag der Partei Die Linke am 24./25.05.2008 in Cottbus, Quelle: http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/1_parteitag/beschluesse/eine_starke_linke_fuer_eine_andere_bessere_politik/ (Stand: 17.10.2008).

114 Alle Zitate aus „Das 100-Punkte-Programm“, herausgegeben von der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag, Mai 2008.

einfügen“, „Erhöhung des gesellschaftlichen Drucks für die Wiederabschaffung der Studiengebühren und grundlegende Reform der Bachelor – und Masterstudiengänge.“¹¹⁵ Immerhin eine positiv formulierte Forderung springt heraus, aber die ist auch gleich recht putzig: „Wir wollen den Master für alle!“¹¹⁶ Daneben steht als konkrete Forderung ein „Zukunftsinvestitionsprogramm“, das für den Schwerpunkt Bildung „mindestens 20 Milliarden Euro jährlich (...) für Ganztagschulen und Kinderbetreuung, Weiterbildung, Hochschulen und die Ausweitung der BAföG-Leistungen und auch Personalausgaben in diesen Bereichen“ vorsieht¹¹⁷.

„Die Linke“ sieht auch die Bildungspolitik von den Herausforderungen des Klassenkampfes bestimmt: „Für junge Menschen steht sicher die Bildungs- und Ausbildungsmisere ganz oben. Es gibt zu wenige berufliche Ausbildungsplätze. Und diejenigen, die studieren wollen, sind mit Studiengebühren, BAföG und dem Kampf um den Studienplatz beschäftigt. Unter diesen Missständen leiden besonders junge Menschen aus sozial benachteiligten Familien.“¹¹⁸ Und da ist für „Die Linke“ die zentrale Frage schnell definiert: „Was ist wichtiger für unsere Kinder, unser Land? Gute Erziehung und Bildung oder weiterhin die Privilegierung Reicher und Vermögender?“¹¹⁹

Das Rezept der Linkspartei ist denkbar einfach und entspricht dem Standardrepertoire der Partei: mehr Staat. „Bildung gehört in die öffentliche Hand und muss demokratisch gestaltet werden. Privatisierungstendenzen im Bildungsbereich sind entschieden entgegen zu wirken. Bildung ist keine Ware!“¹²⁰ Grundlage dieser Überlegungen ist ein überaus ambitioniertes, leider aber auch illusorisches Gesellschaftsmodell: „Die Linke will ein gesundes Aufwachsen aller Kinder ohne Armutrisiko.“¹²¹ Die Forderung „Mehr Geld für Bildung“ ist zwar politisches Allgemeingut, aber so ausladend wurde es wohl noch nicht formuliert.

115 alle Zitate aus „Eine starke Linke für eine andere, bessere Politik“, Beschluss des 1. Parteitag der Partei Die Linke am 24./25.05.2008 in Cottbus, Quelle: http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/1_parteitag/beschluesse/eine_starke_linke_fuer_eine_andere_bessere_politik/ (Stand: 17.10.2008).

116 ebda.

117 ebda.

118 Kampf um Vorherrschaft, Artikel von Ralf Krämer, Michael Schlecht und Axel Troost in: *Junge Welt*, 08.05.2008.

119 ebda.

120 „Mehr und bessere Bildung für alle!“ Hamburger Erklärung der 1. Bildungspolitischen Konferenz vom 23.-25.11.2007, Quelle: http://die-linke.de/fileadmin/download/zusammenschluesse/bag_bildungspolitik/080211_linke_bildungspolitik_grundlagen.pdf (Stand: 17.10.2008).

121 ebda.

Der von der Linken benutzte Slogan „Bildung ist keine Ware“ ist zutreffend – denn Bildung ist eine Dienstleistung. Die Position der Linken ist, dass lediglich (staatliche) Schulen (oder analog: Kindergärten, Universitäten) diese Dienstleistung erbringen sollten. Private Lösungen werden abgelehnt, da dadurch eine „Zwei-Klassen-Gesellschaft“ entsteht. Zweifelsohne soll dieses staatliche Zwangsmonopol mit mehr demokratischer Mitbestimmung durch die Eltern abgemildert werden – im Endeffekt bleibt jedoch ein Einheitsbrei, der „Nischenkonzepte“ und belebenden Wettbewerb und Vergleichsmöglichkeiten verhindert. Wer mehr für seine Kinder will – sei es, weil er reich ist oder aber weil er zugunsten seiner Kinder andere Ausgaben einschränkt – wird an der Realisierung seines Erziehungsplanes gehindert. Es geht der „Linken“ also nicht um die bestmögliche Erziehung aller Kinder, sondern um eine Beschränkung des Zugangs zu erkaufte Bildung. Selbst wenn jemand seinem Kind eine bessere Ausbildung bezahlen kann und möchte, wird er daran gehindert. Das einzige, was die Forderung der Linken realisieren wird, ist eine Beschränkung der Qualität nach oben – zumindest innerhalb Deutschlands. Man fragt sich, was daran gerecht sein soll, jemandem eine potentiell bessere Ausbildung mit dem Hinweis auf „soziale Gerechtigkeit“ zu verbieten, und wie man das moralisch begründen will.

„Chancengleichheit in Deutschland – auch nur ansatzweise – ist nur über Bildung und Kultur herstellbar“, sagt Gysi¹²² – und da ist ihm ja, bis auf die Formulierung einer „ansatzweisen Chancengleichheit“, durchaus zu folgen. Aber dann sagt er: „Und der Zugang wird immer schwieriger. Diese vielen verschiedenen Schulen, diese privaten Angebote, die zum Teil teuer sind – das ist doch indiskutabel.“¹²³ Bleibt der Fraktionsvorsitzende hier noch stecken, so geht der Parteivorsitzende in seiner Entrüstung noch weiter: „Die negative soziale Auslese unseres dreigliedrigen Schulsystems ist erschreckend.“¹²⁴ Leider bleibt das die einzige konkrete bildungspolitische Aussage des Parteivorsitzenden. Aber auch ohne weitere Fundierung ist das vernichtende Urteil über das bisherige Schulsystem gesprochen und „Die Linke“ fordert, „im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Bildung zu vereinbaren, dass das selektive mehrgliedrige Schulsystem abgeschafft wird. Stattdessen werden gut ausgestattete Gemeinschaftsschulen eingerichtet, in denen alle Kinder und Jugendlichen gemeinsam lernen und

122 Gregor Gysi, Rede auf dem 1. Parteitag der Partei Die Linke am 24./25.05.2008 in Cottbus, Quelle: http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/1_parteitag/reden/gregor_gysi/ (Stand: 17.10.2008).

123 ebda.

124 Oskar Lafontaine, Rede auf dem 1. Parteitag der Partei Die Linke am 24./25.05.2008 in Cottbus, Quelle: http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/1_parteitag/reden/oskar_lafontaine/ (Stand: 17.10.2008).

individuell gefördert werden.“¹²⁵ Dass im gleichen Atemzug gefordert wird, die „Unentgeltlichkeit von Bildung im Grundgesetz zu verankern bzw. in einem ersten Schritt durch eine Vereinbarung mit den Ländern sicherzustellen, dass die Gebühren für Kindertagesstätte, Ausbildung und Hochschule abgeschafft werden und eine umfassende Lernmittelfreiheit gilt“¹²⁶ bzw. „Gebührenfreiheit in Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen sowie in der Aus- und Weiterbildung“¹²⁷ gefordert wird, versteht sich fast von selbst.

Zur Finanzierung soll auch hier die „grundlegende Umkehr der herrschenden Steuer- und Finanzpolitik“¹²⁸ erhalten – wie in den anderen Bereichen auch, wo „Die Linke“ finanzintensive Vorschläge macht.

6. „Die Linke“ und die internationale Politik

Gerade der Bereich Außenpolitik zeigt die programmatische Unklarheit im politischen Angebot der Linkspartei. Die wenigen programmatischen Dokumente verlieren sich in generellen Formulierungen und abstrakten Positionen. Vor allem der vom Parteivorsitzenden Lafontaine beim Bundesparteitag als „Programmpunkte der Alltagsarbeit“ angepriesene Flyer zeigt hier viele Allgemeinplätze, aber wenig Konkretes. Es sei denn, man hält Programmpunkte wie „Krieg ist kein Mittel der Politik“, „Das Völkerrecht ist Grundlage der deutschen Außenpolitik“ oder „Entwicklungsländer können Schutzzölle erheben“¹²⁹ für konkrete politische Forderungen und sozialistische Alleinstellungsmerkmale. Auch die generelle Linie linker Außenpolitik wird recht grobkörnig und unbestimmt vorgegeben, und zwar als „Einsatz für eine friedliche und auf globale Gerechtigkeit ausgerichtete Außenpolitik Deutschlands und für ein demokratisches und soziales Europa, das den globalen Herausforderungen für eine soziale und ökologisch nachhaltige, den Klimawandel eindämmende Entwicklung gerecht wird“¹³⁰.

125 Antrag der Abgeordneten Cornelia Hirsch, Dr. Petra Sitte, Bodo Ramelow, Volker Schneider und der Fraktion DIE LINKE. „Bildungsgipfel nutzen – Bessere Bildung für alle – Bildung als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern“, Bundestags-Drucksache 16/9808 vom 25.06.2008.

126 ebda.

127 Mehr und bessere Bildung für alle! Hamburger Erklärung der 1. Bildungspolitischen Konferenz vom 23.-25.11.2007, Quelle: http://die-linke.de/fileadmin/download/zusammenschlusse/bag_bildungspolitik/080211_linke_bildungspolitik_grundlagen.pdf (Stand: 17.10.2008).

128 ebda.

129 Alle Zitate aus „Das 100-Punkte-Programm“, herausgegeben von der Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag, Mai 2008.

130 Vgl. „Eine starke Linke für eine andere, bessere Politik“, Beschluss des 1. Parteitages der Partei Die Linke am 24./25.05.2008 in Cottbus, Quelle: http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/1_parteitag/beschlusse/eine_starke_linke_fuer_eine_andere_bessere_politik/ (Stand: 17.10.2008).

Die in Papieren, Reden und Stellungnahmen erkennbaren Grundlinien linker außenpolitischer Ansätze betreffen hauptsächlich die Felder Südamerika (als Geburtsort eines „neuen“ Sozialismus), die USA, Auslandseinsätze der Bundeswehr/Krieg und Frieden, den Nahen Osten und Europa allgemein.

Dabei ist „Die Linke“ durchaus von Sendungsbewusstsein geprägt: „Wir sind die neue Kraft, die in die deutsche Außenpolitik das Völkerrecht wieder einführen will. Seit Jahren wird das Völkerrecht in der Welt, aber auch in der deutschen Außenpolitik nicht mehr zur Grundlage der Entscheidungen gemacht.“¹³¹ Der Parteivorsitzende sieht darin sogar ein Alleinstellungsmerkmal für seine Partei: „Wir wollen als einzige Partei im Bundestag eine Außenpolitik, die das Völkerrecht wieder zur Grundlage macht.“¹³² Diesem umfassenden Vorwurf liegt die Auffassung der Linkspartei, zumindest einiger ihrer führenden Vertreter zugrunde, wie sie der Parteivorsitzende in dieser Rede und bei jeder weiteren sich bietenden Gelegenheit äußert: „Und wenn beispielsweise das höchste Verwaltungsgericht der Bundesrepublik festgestellt hat, dass wir am Irak-Krieg beteiligt sind, dass wir damit das Völkerrecht brechen, und wenn die amtierende Bundesregierung nichts daran ändert, dann ist das ein völlig unhaltbarer Zustand.“ Schon dieser Beginn der linken Argumentationskette zum Thema Krieg und Frieden ist allerdings auf einer exzessiven Auslegung des betreffenden Gerichtsurteils aufgebaut. In dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, das sich mit einer Einzelklage eines Bundeswehrmajors vor dem 2. Wehrdienstsenat beschäftigt, finden sich die Leitsätze: „Gegen den am 20. März 2003 von den USA und vom Vereinigten Königreich (UK) begonnenen Krieg gegen den Irak bestanden und bestehen gravierende rechtliche Bedenken im Hinblick auf das Gewaltverbot der UN-Charta und das sonstige geltende Völkerrecht. Für den Krieg konnten sich die Regierungen der USA und des UK weder auf sie ermächtigende Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates noch auf das in Art. 51 UN-Charta gewährleistete Selbstverteidigungsrecht stützen. Weder der NATO-Vertrag, das NATO-Truppenstatut, das Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut noch der Aufenthaltsvertrag sehen eine Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland vor, entgegen der UN-Charta und dem geltenden Völkerrecht völkerrechtswidrige Handlungen von NATO-Partnern zu unterstützen.“¹³³ Das klingt dann schon etwas anders – auf jeden Fall nicht nach einer glasklaren Feststellung rechtswidriger Handelns.

131 Oskar Lafontaine, Rede auf dem Gründungsparteitag der Partei Die Linke am 16.06.2007 in Berlin, Quelle: http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/gruendungsparteitag/reden/oskar_lafontaine/ (Stand: 17.10.2008).

132 Oskar Lafontaine, Interview im *Bonner General-Anzeiger*, 28.07.2007.

133 Urteil des 2. Wehrdienstsenats vom 21. Juni 2005 BVerwG 2 WD 12.04, Quelle: <http://www.bverwg.de/media/archive/3059.pdf> (Stand: 17.10.2008).

Dessen ungeachtet baut der Parteivorsitzende der Linken auf dieser Grundlage an seiner Argumentationskette weiter: „Terrorismus ist die rechtswidrige Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele. Nach diesem Kriterium ist Herr Bush ein Terrorist, denn der Irak-Krieg ist in brutaler Form rechtswidrig.“¹³⁴ Immerhin bleibt er sich da selbst treu, denn schon auf dem Gründungsparteitag hatte er ausgerufen: „Und wenn wir sagen: Terrorismus ist das rechtswidrige Töten von Menschen, um politische Ziele durchzusetzen, dann muss die doppelte Moral des Westens beendet werden. Dann sind eben auch Bush, Blair und viele andere, die völkerrechtswidrige Kriege zu verantworten haben, Terroristen! Das müssen wir in aller Klarheit sagen.“¹³⁵ Und damit es noch klarer wird, sagt Lafontaine auf Nachfrage: „Selbstverständlich ist das ein terroristischer Krieg, denn dort werden unschuldige Menschen in großem Umfang umgebracht. Das ist Terrorismus.“¹³⁶ Auf erneute Nachfrage („Aber da es UNO-Beschlüsse gibt ... Der Auslöser waren die Taliban...“) kommt er aber dann ins Schwimmen, und die Abstützung durch das Völkerrecht ist plötzlich gar nicht mehr das einzige Kriterium: „Es gibt keinen UNO-Beschluss, dort Zivilisten zu ermorden. Da irren Sie sich ganz gewaltig. Tausende unschuldige Zivilisten kommen ums Leben dort und ich bleibe dabei: Wir haben dort nichts verloren und es gibt keine Rechtfertigung für dieses Morden. Und wir züchten den Terrorismus groß, nichts anderes machen wir.“¹³⁷ Ähnlich wenig konsequent argumentiert er in einem Zeitungsinterview: „Wir wollen die Bundeswehr aus Afghanistan abziehen, da alle Ziele verfehlt wurden. Die Opium-Produktion ist auf Rekordstand, die Anschläge nehmen zu.“¹³⁸ Auch hier fragt der Interviewer nach: „Welchen Terror trägt die Bundeswehr ins Land?“, und wieder gerät die Argumentation ins Schwimmen: „Im Süden Afghanistans ermordet die NATO bei ihren Bombenabwürfen viele Zivilisten.“¹³⁹ Die erneute, erstaunte Nachfrage: „Die Bundeswehr operiert aber gar nicht im Süden...“ bekommt die entwaffnende Antwort: „Die Tornados weisen mit ihren Fotos den Bodentruppen dort Ziele zu.“¹⁴⁰

In der Linkspartei verfängt die Argumentation allerdings, wenn der Parteivorsitzende seiner tief sitzenden Entrüstung und ehrlichen Verzweiflung Luft

134 Oskar Lafontaine im ARD-Sommerinterview vom 10.08.2008, Quelle: http://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/bab/bab404_bab-sendung12814.html (Stand: 17.10.2008).

135 Oskar Lafontaine, Rede auf dem Gründungsparteitag der Partei Die Linke am 16.06.2007 in Berlin, Quelle: http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/gruendungsparteitag/reden/oskar_lafontaine/ (Stand: 17.10.2008).

136 Oskar Lafontaine im ARD-Sommerinterview vom 10.08.2008, Quelle: http://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/bab/bab404_bab-sendung12814.html (Stand: 17.10.2008).

137 Oskar Lafontaine, ebda.

138 Oskar Lafontaine, Interview im *Bonner General-Anzeiger* vom 28.07.2007.

139 Oskar Lafontaine, ebda.

140 Oskar Lafontaine, ebda.

macht und ausruft: „Deutschland, das zur Zeit Willy Brandts eine in der Welt allseits geachtete Friedensmacht war, beteiligt sich weiter an völkerrechtswidrigen Kriegen im Irak und in Afghanistan und ist beim Rüstungsexport auf Platz 3 gelandet.“¹⁴¹ Auch die erstaunliche Erweiterung der ohnehin unbewiesenen Völkerrechtswidrigkeit auf Afghanistan, worüber auch das Bundesverwaltungsgericht gar nicht geurteilt hatte, hielt die Delegierten nicht davon ab, im Grundsatz-Beschluss die Beendigung der Unterstützung des Irak-Krieges, den Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan, die Auflösung der Militärbündnisse wie die NATO und die Ablehnung jeglicher Militäreinsätze im In- und Ausland zu beschließen.¹⁴² Letzteres hat allerdings Gysi nicht mitbekommen, der in einem Interview sagt: „Wir schließen Bundeswehreinmärsche nicht kategorisch aus. Wir sagen aber, dass der völkerrechtswidrige Einsatz von Soldaten falsch ist, wie im Irak, in Afghanistan und im Kosovo.“¹⁴³

In außenpolitischen Fragen wird Gysi gelegentlich von der eigenen Argumentation hinfot getragen. So äußert er zum Beispiel in einer Rede: „Mittels Krieg kann man niemals Terrorismus bekämpfen. Man erzeugt nur neuen Terrorismus. Man kann überhaupt keine humanistischen Ziele mittels Krieg verwirklichen.“¹⁴⁴ Diese merkwürdige Argumentation, die fast zwingend zum Nachdenken über die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts führt, ist anscheinend kein Versehen. In einem Zeitungsinterview sagt Gysi schon drei Monate zuvor: „Generell gilt: Wer Militär einsetzt, schafft nur neue Gewalt.“ Nachfrage: „Nach dieser Logik wäre die Befreiung Deutschlands durch die Alliierten ausgefallen.“ Gysi: „Nein. Deutschland hat einen Angriffskrieg geführt. Da greift das Recht der Völker auf Verteidigung. Aber eben dann. Bloß weil Menschenrechte in Deutschland verletzt wurden, wäre kein einziger alliierter Soldat einmarschiert.“ Nachfrage: „Wie bitte? Wäre es nicht wünschenswert gewesen, die Nazis früher zu stoppen?“ Gysi: „Ich sage: Wir müssen die Selbstbefreiung der Völker organisieren.“ Nachfrage: „Selbstbefreiung aus dem KZ? Das ist doch zynisch.“ Gysi: „Umgekehrt, deshalb wäre niemand einmarschiert.“

141 Oskar Lafontaine, Rede auf dem 1. Parteitag der Partei Die Linke am 24./25.05.2008 in Cottbus, Quelle: http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/1_parteitag/reden/oskar_lafontaine/ (Stand: 17.10.2008).

142 Vgl. „Eine starke Linke für eine andere, bessere Politik“, Beschluss des 1. Parteitages der Partei Die Linke am 24./25.05.2008 in Cottbus, Quelle: http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/1_parteitag/beschluesse/eine_starke_linke_fuer_eine_andere_bessere_politik/ (Stand: 17.10.2008).

143 Gregor Gysi, Interview im *Tagesspiegel* vom 17. Februar 2008.

144 Gregor Gysi, Rede auf dem 1. Parteitag der Partei Die Linke am 24./25.05.2008 in Cottbus, Quelle: http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/1_parteitag/reden/gregor_gysi/ (Stand: 17.10.2008).

Ich argumentiere auch so, weil Kriege immer aus ökonomischen Gründen geführt werden.“¹⁴⁵

Die Fragen von Krieg und Frieden führen die Politiker der Linkspartei nahezu manisch immer wieder zu den USA. „Die NATO“, so klagt Lafontaine, „war einst ein Verteidigungsbündnis. Inzwischen ist sie zu einem Interventionsbündnis unter Führung der Vereinigten Staaten geworden.“¹⁴⁶ Und damit das klar ist – denn es geht ja gar nicht nur um den Irak, ergänzt er: „Eine NATO, die überall in der Welt interveniert und das Völkerrecht bricht, lehnen wir ab.“¹⁴⁷ Der außenpolitische Experte der Partei äußert die „Überzeugung, dass nur eine größere Distanz zu den Methoden der USA das deutsche Gewicht in der internationalen Arena erhalten kann.“¹⁴⁸ Denn: „Die zu beobachtende Umfunktionierung der Allianz in ein geostrategisches Eingreifinstrument im Schlepptau der USA dient dem Frieden eben gerade nicht.“¹⁴⁹ Auch internationale Konferenzen helfen da wohl nicht weiter. Zumindest in der Argumentation, wie sie Lafontaine bietet: „Solange die Politik in Amerika und Großbritannien von der Finanzindustrie gekauft ist, wird es keinen Durchbruch geben.“¹⁵⁰

Dahinter steht ein Weltbild, das anscheinend durchaus dem der „Kommunistischen Plattform“ entspricht, denn diese definiert die Welt und ihre Außenpolitik „in Anbetracht der Menschen gefährdenden Drohgebärden des US-amerikanischen Präsidenten, der im Zusammenhang mit dem Streit um das iranische Atomprogramm faktisch mit dem 3. Weltkrieg droht, im Anbetracht der vom Imperialismus zu verantwortenden blutigen Kriege in Afghanistan und Irak, in Anbetracht des gewaltigen Aufmarsches türkischer Truppen an den Grenzen des irakischen Kurdengebietes, in Anbetracht der vor allem durch die Politik der israelischen Hardliner verursachten katastrophalen Situation in den Palästinensergebieten, in Anbetracht all der anderen Kriegsbrandherde...“¹⁵¹

145 alle Zitate aus: Gregor Gysi, Interview im *Tagesspiegel* vom 17. Februar 2008.

146 Oskar Lafontaine, Rede auf dem 1. Parteitag der Partei Die Linke am 24./25.05.2008 in Cottbus, Quelle: http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/1_parteitag/reden/oskar_lafontaine/ (Stand: 17.10.2008).

147 Oskar Lafontaine, ebda.

148 Norman Paech, Interview in der *Berliner Zeitung*, 27.07.2007.

149 Norman Paech, ebda.

150 Oskar Lafontaine, Interview in der *FAZ* vom 03.06.2007.

151 „Wir bleiben, was wir waren und sind: In der Partei Die Linke organisierte Kommunistinnen und Kommunisten“, Beschluss der 3. Tagung der 13. Bundeskonferenz der Kommunistischen Plattform der Partei Die Linke vom 10. November 2007; Quelle: http://die-linke.de/partei/zusammenschlusse/kommunistische_plattform_der_partei_die_linke/dokumente/wir_bleiben_was_wir_waren_und_sind_in_der_partei_die_linke_organisierte_kommunistinnen_und_kommunisten/ (Stand: 17.10.2008).

Auch Europa ist da kein sicherer Ort. Das stellt Gysi klar: „Wir sind an der europäischen Integration interessiert, wir wollen sie. Denn nur die europäische Integration kann neue Kriege innerhalb dieser EU, innerhalb Europas verhindern. Das ist schon ein Grund. Es gibt noch weitere Gründe. Das Problem ist nur, dass die anderen die EU so organisieren, dass die Leute sie nicht immer nur stärker militärisch empfinden müssen, weil sie ja aufs Militär setzen, sondern auch als Abbau ihrer sozialen Stellung, als soziale Talfahrt statt Wohlfahrt.“¹⁵²

Wie schön ist es dagegen in Südamerika! „Wir können doch“, so Gysi euphorisch, „mal ein bisschen stolz darauf sein, dass er [George W. Bush, Anmerkung des Autors] seinen so genannten Hinterhof verloren hat. Immer mehr linke Regierungen werden in Lateinamerika installiert – die Linken verändern die Welt, viel stärker als gegenwärtig in Europa!“¹⁵³ Da passiert wenigstens noch etwas: „Und wenn dort [in Südamerika, Anmerkung des Autors] beispielsweise die nationalen Energiequellen, die Telekommunikation und die Energienetze vergesellschaftet werden, dann ist das richtig. Denn wir haben mehr Demokratie, wenn die Staaten und Gesellschaften darüber entscheiden, was mit ihren Reichtümern geschieht, als wenn amerikanische Großkonzerne alles regeln und die Profite abkassieren.“¹⁵⁴ In dieser Begeisterung geht dann leider auch einmal etwas schief, zum Beispiel die irrtümliche Annahme von Lafontaine, die kolumbianische FARC sei „von der Europäischen Union von der Liste der terroristischen Organisationen gestrichen“¹⁵⁵ worden – was zwar falsch war, aber fast unbemerkt blieb. Das gilt übrigens auch für von vielen nicht beachtete Gefahren, die aber von der „Kommunistischen Plattform“ im Auge behalten werden: „Wir sind solidarisch mit allen Ländern, die den Weg – ihren eigenen Weg – zum Sozialismus gehen, insbesondere mit dem vom US-Imperialismus bedrohten Cuba.“¹⁵⁶

152 Gregor Gysi, Rede auf dem 1. Parteitag der Partei Die Linke am 24./25.05.2008 in Cottbus, Quelle: http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/1_parteitag/reden/gregor_gysi/ (Stand: 17.10.2008).

153 Gregor Gysi, Rede auf dem 1. Parteitag der Partei Die Linke am 24./25.05.2008 in Cottbus, Quelle: http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/1_parteitag/reden/gregor_gysi/ (Stand: 17.10.2008).

154 Oskar Lafontaine, Rede auf dem Gründungsparteitag der Partei Die Linke am 16.06.2007 in Berlin, Quelle: http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/gruendungsparteitag/reden/oskar_lafontaine/ (Stand: 17.10.2008).

155 Oskar Lafontaine im ARD-Sommerinterview vom 10.08.2008, Quelle: http://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/bab/bab404_bab-sendung12814.html (Stand: 17.10.2008).

156 „Wir bleiben, was wir waren und sind: In der Partei Die Linke organisierte Kommunistinnen und Kommunisten“, Beschluss der 3. Tagung der 13. Bundeskonferenz der Kommunistischen Plattform der Partei Die Linke vom 10. November 2007; Quelle: http://die-linke.de/partei/zusammenschlusse/kommunistische_plattform_der_partei_die_linke/dokumente/wir_bleiben_was_wir_waren_und_sind_in_der_partei_die_linke_organisierte_kommunistinnen_und_kommunisten/ (Stand: 17.10.2008).

Was aber ist nun der Kern linker Außenpolitik? Neben der bereits zitierten großen Generallinie findet sich eigentlich nur die vom Außenexperten Paech formulierte Darstellung: „Unser außenpolitisches Konzept umfasst drei Säulen: Erstens absolute Geltung des Völkerrechts, wovon sich die Bundesregierungen in den letzten Jahren leider immer mehr entfernt haben – siehe Jugoslawienkrieg, Gewährung von logistischer Unterstützung bei der Irak-Invasion der USA, Antiterrorkrieg in Afghanistan. Wir lehnen zweitens die zu beobachtende Militarisierung der deutschen Außenpolitik ab, derzeit gibt es bereits über zehn Auslandseinsätze der Bundeswehr. Und drittens sind wir gegen eine Politik der Sanktionen, wie sie etwa gegenüber dem Iran oder den Palästinensern praktiziert wird.“ Und wofür ist „Die Linke“ denn, fragt der Interviewer. Die überraschend umfassende Antwort des außenpolitischen Fachmanns: „Wir treten (...) dafür ein, das enorme politische und ökonomische Potential Deutschlands viel mehr friedens- und entwicklungspolitisch einzusetzen.“¹⁵⁷

Über den Autor:

Thomas Volkmann, M.A., Referent für politische Analysen, Wahl- und Meinungsforschung im Liberalen Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

¹⁵⁷ alle Zitate aus Norman Paech, Interview in *Berliner Zeitung* vom 27.07.2007.

Wenn Sie unsere Arbeit unterstützen wollen:
Commerzbank Berlin
BLZ 100 400 00
Spendenkonto: 266 9661 04
Spendenbescheinigungen werden ausgestellt.

PositionLiberal

Positionspapiere des Liberalen Instituts der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Weitere Publikationen unter www.libinst.de

- [77] Susanne Maria Schmidt und Olaf Steglich
**AUS GEGEBENEM ANLASS – ODER WARUM DIE ORDNUNGSPOLITIK
DAS EINZIGE HEILMITTEL FÜR DIE FINANZMÄRKTE IST**
- [76] Steffen Henrich
IN GUTEN HÄNDEN? UMWELTSCHUTZ ALS STAATSAUFGABE
- [75] Detlef Parr (2008)
LEISTUNGSSPORT UND BREITENSPORT: GESELLSCHAFTLICHE AUFGABEN?
- [74] Reto Steiner (2008)
**GRUNDLAGEN UND KRITISCHE ERFOLGSFAKTOREN VON BENCH-MARKING IM
ÖFFENTLICHEN SEKTOR – DARGESTELLT AM BEISPIEL DER SCHWEIZ**
- [73] Gary Merrett (2007)
MARKTWIRTSCHAFT IN SCHULBÜCHERN
- [72] Thomas Straubhaar (2007)
EINWANDERUNGSLAND DEUTSCHLAND
- [71] Klaus Bünger (2007)
**ZUR EROSION DER MARKTWIRTSCHAFTLICHEN WIRTSCHAFTSVERFASSUNG
DER EUROPÄISCHEN UNION**
- [70] Peter A. Henning (2007)
ZUR INTERNATIONALISIERUNG DER DEUTSCHEN HOCHSCHULEN
- [69] Roland Vaubel (2007)
IDEEN ZU EINEM VERSUCH, DIE TÄTIGKEIT DES STAATES ZU BEGRENZEN
- [68] Otto Graf Lambsdorff (2006)
MEHR BETEILIGUNGSKAPITAL – MEHR MARKTWIRTSCHAFT
- [67] Rainer Erkens (2006)
ENTWICKLUNG KANN MAN NICHT KAUFEN
- [66] Eckhard Behrens (2006)
FÖDERALISMUSREFORM UND BILDUNGSPOLITIK
- [65] Thomas Volkmann (2008)
ARGUMENTE ZUR INHALTLICHEN AUSEINANDERSETZUNG MIT DER POLITIK DER LINKEN
- [64] Dirk Maxeiner/Michael Miersch (2005)
IST DIE LINKE NOCH LINKS?
- [63] Horst Wolfgang Boger (2005)
DAS DEUTSCHE SCHULSYSTEM: AM ABGRUND ODER IM AUFSCHWUNG?
- [59] Jürgen Morlok
ÜBER FREIHEIT, EIGENTUM UND DIE ZUKUNFT DER DEMOKRATIE
- [56] Thomas Lenk (2008)
REFORM DES DEUTSCHEN LÄNDERFINANZAUSGLEICHS – EINE UNENDLICHE GESCHICHTE?
- [50] Jutta Braun (2008)
**FUSSBALL UND POLITISCHE FREIHEIT – HISTORISCHE ERFAHRUNGEN DES GETEILTEN
DEUTSCHLAND**
- [48] Tom G. Palmer (2008)
FREIHEIT WOHL VERSTANDEN
- [26] James Bartholomew (2005)
**SCHULBILDUNG OHNE DEN STAAT – PRIVAT- UND ARMENSCHULEN
IM GROSSBRITANNIEN DES 19. JAHRHUNDERTS UND DANACH**
- [18] Jean Redpath (2006)
UNABHÄNGIGE SCHULEN IN SÜDAFRIKA: ASCHENPUTTEL ODER GUTE FEE?
- [17] Kenneth Minogue (2006)
BILDUNG UND DIE FREIE GESELLSCHAFT
- [15] Jennifer Marshall (2006)
WAHLFREIHEIT DER ELTERN IM BILDUNGSWESEN DER USA – EIN ÜBERBLICK